

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 104. Ratssitzung vom 19. August 2020

2765. 2019/297

Weisung vom 03.07.2019:

Kultur, Förderung Tanz und Theater, Rahmenkredit Konzeptförderung, Erhöhung Beiträge an Ko-Produktionsinstitutionen

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Kultursparten Tanz und Theater wird zur Umsetzung der Konzeptförderung für eine vielfältige und flexible Tanz- und Theaterlandschaft ab 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung ein Rahmenkredit von jährlich 6,5 Millionen Franken für die Vergabe mehrjähriger Konzeptförderbeiträge an Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen, auf Gesuch hin, einzeln oder gemeinsam bewilligt.
 - a. Für die 1. Förderperiode von sechs Jahren beträgt der Rahmenkredit jährlich 6 Millionen Franken. Für die 2. und die weiteren Förderperioden legt der Gemeinderat jeweils die Höhe des Rahmenkredits innerhalb einer Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken unter Ausschluss des Referendums fest.
 - b. Jeweils vor Ablauf einer Konzeptförderperiode von sechs Jahren, erstmals per Herbst 2026, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht. Der Bericht umfasst insbesondere den Prozess der Vergabe, die gesprochenen Konzeptförderbeiträge, die Wirkung der Konzeptförderbeiträge auf die Tanz- und Theaterlandschaft sowie die Learnings und Ziele für die nächste Konzeptförderperiode. Mit der Berichterstattung ist der Antrag auf die Höhe des Rahmenkredits für die nächste Förderperiode in der Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken zu verbinden.
2. Der Rahmenkredit wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der Wert von Dezember 2021). Eine negative Jahreststeuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Über die Aufteilung des Rahmenkredits und die Vergabe der einzelnen Konzeptförderbeiträge über mehrere Jahre an die Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen einzeln oder gemeinsam entscheidet der Stadtrat.
4. Der Gemeinderat erlässt vor Einführung der Konzeptförderung eine Verordnung über die Eckpunkte der Konzeptförderung.

5. Für die Institutionen, deren Gesuche bei Einführung der Konzeptförderung nicht berücksichtigt werden, und die bis dahin eine befristete Subvention der Stadt Zürich erhalten haben, wird ein einmaliger Kredit von Fr. 600 000.– bewilligt zur Abfederung ihrer Situation. Dieser Kredit gilt für die ersten beiden Jahre ab Einführung der Konzeptförderung.
 6. Zur Förderung von Zürcher Gruppen und Einzelkünstlerinnen und -künstlern in den Kultursparten Tanz und Theater werden für die Ko-Produktionsinstitutionen Gessnerallee Zürich, Tanzhaus Zürich und Rote Fabrik (Fabriktheater) ab 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung folgende Beitragserhöhungen bewilligt:
 - a. Der jährliche Betriebsbeitrag an den Verein Theaterhaus Gessnerallee in der Höhe von Fr. 2 136 700.– (Stand Budget 2019) wird um Fr. 690 000.– auf Fr. 2 826 700.– erhöht. Neben dem Betriebsbeitrag werden die anfallenden Mietkosten in Höhe von Fr. 1 461 900.– (Stand Budget 2019) weiterhin übernommen. Insgesamt wird damit dem Verein Theaterhaus Gessnerallee auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung ein Gesamtbeitrag von jährlich Fr. 4 288 600.– bewilligt. Der erhöhte Betriebsbeitrag wird weiterhin der Teuerung angepasst.
 - b. Der jährliche Betriebsbeitrag für die Rote Fabrik in der Höhe von Fr. 3 216 100.– wird um Fr. 430 000.– zweckgebunden zugunsten des Fabriktheaters auf Fr. 3 646 100.– erhöht. Neben dem Betriebsbeitrag werden die anfallenden Mietkosten in Höhe von Fr. 2 237 400.– (Stand Budget 2019) weiterhin übernommen. Insgesamt wird damit für die Rote Fabrik auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung ein Gesamtbeitrag von jährlich Fr. 5 883 500.– bewilligt. Der erhöhte Betriebsbeitrag wird weiterhin der Teuerung angepasst.
 - c. Der jährliche Betriebsbeitrag an den Verein Tanzhaus Zürich in Höhe von Fr. 877 200.– (Stand Budget 2019) wird um Fr. 430 000.– auf Fr. 1 307 200.– erhöht. Neben dem Betriebsbeitrag werden die anfallenden Mietkosten in Höhe von Fr. 799 400.– (Stand Budget 2019) weiterhin übernommen. Insgesamt wird damit dem Verein Tanzhaus Zürich auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung ein Gesamtbeitrag von jährlich Fr. 2 106 600.– bewilligt. Der erhöhte Betriebsbeitrag wird weiterhin der Teuerung angepasst werden.
- B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz
- Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer I. A:
1. Der vom Gemeinderat am 7. Dezember 2011 beschlossene Rahmenkredit für die mehrjährige Förderung von Spitzengruppen im Bereich Tanz (GR Nr. 2011/245) wird per 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung aufgehoben.
 2. Der vom Gemeinderat am 31. Oktober 2012 beschlossene Rahmenkredit für die mehrjährige Förderung von Freien Theatergruppen (GR Nr. 2012/266) wird per

1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung aufgehoben.

- C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:
1. Der Gemeinderat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Stadtrat beabsichtigt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Kürzung der Subventionen der Schauspielhaus Zürich AG und der Theater am Neumarkt AG um 2 Prozent (ohne Mietbeiträge) auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung mittels Anpassung der Subventionsverträge zu unterbreiten und eine entsprechende Kürzung des Budgets für das Theater am Hechtplatz zu beantragen.
 2. Der Gemeinderat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Stadtrat dem Gemeinderat auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung eine Erhöhung des Budgets für das Zürcher Theater Spektakel beantragen wird.

Stefan Urech (SVP) stellt den Ordnungsantrag auf Sistierung der Beratung der Weisung 2019/297: *Die zuständige Kommission hat die Weisung 2019/297 noch vor dem Sommer abgeschlossen. Wir befanden uns damals inmitten des Tanz- und Theater-Lockdowns, sprich alle Theater waren geschlossen. Dennoch waren wir voller Hoffnung, dass die warmen Temperaturen des Sommers dem Virus den Garaus machen und wir zumindest zum Zeitpunkt der Behandlung hier im Rat eine Aussicht darauf haben würden, wann die Theater wieder öffnen können. Heute sollten wir das Geschäft abschliessen; die Corona-Krise ist allerdings noch lange nicht vorbei. Heute zählen wir 300 neue Corona-Fälle; Anzahl steigend. Der Stand heute ist der gleiche wie während dem Lockdown. Wenn wir dieses Geschäft heute Abend absegnen – gemäss den mir bekannten Mehrheiten sieht es so aus, als ob es zumindest in einer leicht abgeänderten Form abgeschlossen wird – dann müssen sowohl die kleinen, als auch die mittleren und die grossen Theater damit beginnen, Konzepte zu schreiben, wie sie in ein paar Jahren Theateraufführungen machen wollen. Wie sollen die Theater das machen, wenn sie kaum wissen, wie die Situation übermorgen oder in einer Woche aussieht bzw. wann sie überhaupt wieder öffnen können? Wie sollen sie ein Konzept schreiben, wenn sie nicht einmal wissen, wie viele Personen ihre Theater besuchen dürfen oder ob es unter freiem Himmel stattfinden muss? Die Theaterschaffenden müssen heute Schutzkonzepte schreiben und nicht Konzepte, um sich irgendwo zu bewerben. Die verschiedenen Institutionen wurden einem Erdbeben unterzogen, als die Corona-Krise begonnen hat und sie werden auch jetzt noch durch Nachbeben erschüttert. Es geht nicht an, dass wir heute nochmals artifiziell ein Erdbeben auslösen, weil die Planungssicherheit einfach nicht vorhanden ist. Ich bitte Sie mit diesem Ordnungsantrag, das Geschäft zu sistieren und zuzuwarten, bis Klarheit herrscht, wie es weitergeht. Die Theaterschaffenden sind auf uns Bürgerliche zugekommen – wir sind nicht gerade bekannt als die grossen Verteidiger der kleinen Theater – weil sie wissen, wie verbissen Sie in die neue Theaterlandschaft und das neue Konzept sind und, dass Sie sich nicht mehr davon abbringen lassen. Ich darf hier keine Namen nennen, doch ihre Bitte war, dass wir mit dem Geschäft zuwarten sollen, bis die Situation, für die Konzepte geschrieben werden soll, klarer ist. Ich spreche aus eigener Erfahrung – der Unterricht hat nach den Sommerferien soeben wieder begonnen – die Schulleitungen der verschiedenen Schulen sagten der*

Lehrerschaft, man solle sich auf einen zweiten Lockdown im Winter und auf Fernunterricht einstellen. Wenn die Schulleitungen uns den Auftrag für ein neues Konzept geben würden, müsste ich sagen, geht es eigentlich noch? Wir sind derzeit dabei, Schutzkonzepte zu schreiben. Unabhängig davon, was Sie von der Theaterlandschaft halten; im Sistierungsantrag geht es darum, den Zeitpunkt der Beratung auf dann zu verschieben, wenn für die Theater für das Schreiben der Konzepte Planungssicherheit besteht.

Weitere Wortmeldungen zum Ordnungsantrag:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die Beratung dieser Weisung hat sich in der Spezialkommission Präsidialdepartement/Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) als regelrechte Zangengeburt entpuppt. Die Weisung ist sehr vielschichtig und teilweise auch unklar formuliert. Nicht nur die Weisung selbst, auch die Prozesse um sie waren kompliziert und an einigen Orten undurchsichtig und nicht nachvollziehbar. Entsprechend langwierig war die Beratung in der Kommission. Auch das PRD kann manchmal als erratisch bezeichnet werden. Es war stets darauf ausgerichtet, die Weisung auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Anträge, die nicht der Vorstellung des PRD entsprachen, wurden aus formalistischen Gründen abgelehnt; eine alternative Lösung wurde nie angeboten. Absolut fragwürdig ist auch der gestrige E-Mail-Verkehr: Einen Monat nach dem Abschluss des Geschäfts in der Kommission und einen Tag vor der Ratsdebatte wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag, der eine Mehrheit fand, rechtlich nicht standhält. Betroffen ist der Dispositivpunkt A7. Aus diesen Gründen stimmen wir der Sistierung zu. Die FDP hätte ein Ordnungsantrag gestellt, wenn die SVP das nicht getan hätte. Wir fragen uns, wie die Institutionen in Zukunft Konzepte erstellen oder die nächsten sechs Jahre planen sollen, wenn die Zukunft in den Sternen steht. Wir stimmen dem Antrag auf Sistierung zu, weil wir nicht über ein System entscheiden können, bei dem selbst die Betroffenen nicht dahinterstehen können. Das wäre nicht fundiert. Alle Versuche unserer Seite, die Kommission von einem Stopp zu überzeugen, scheiterten. Ich appelliere an die Vernunft und bitte um eine Sistierung.*

Maya Kägi Götz (SP): *Wir wurden von diesem Antrag einigermaßen überrollt. Seit 24 Monaten beraten wir das Thema in der Kommission. Seit Beginn weg stelle ich ein gewisses inhaltliches Desinteresse fest. Wir waren auf der Kommissionsreise, wo wir die Gelegenheit hatten, uns intensiv auszutauschen. Ein Austausch fand leider kaum statt; das war noch vor Corona. Wir vertreten die Auffassung, dass die Kultur sehr darauf angewiesen ist, wohin sie steuert. Das ist auch in der jetzigen Krisensituation der Fall und auch wenn Corona die Entwicklung der Betriebe massiv beansprucht und weg vom Kurs bringt. Wir kennen die Bedenken und haben absolutes Verständnis für die Befürchtungen der kleinen Häuser aus dem flexiblen Teil. Wir hätten das nicht vorantreiben wollen, wenn uns die Kultur Zürich nicht mehrfach versichert hätte, dass sie sich in Bezug auf die Konzepteingaben flexibel zeigen werden und dass sie nicht Dinge fordern werden, die jetzt nicht machbar sind. Es gibt ein Verständnis dafür, wie die Häuser jetzt unter Druck stehen und Schwierigkeiten haben, ihren Alltag zu bewältigen. Das gilt auch im Hinblick auf das Herbstprogramm, das durch die steigenden Zahlen beeinträchtigt wird. Wir wollen die Kulturschaffenden nicht etwas aussetzen, das wir nicht verantworten können. Ich bin der Auffassung, dass sie auf eine längere Perspektive angewiesen sind, die*

unabhängig von der aktuellen Situation ist. Wir gingen davon aus, dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Der Termin wurde bereits einmal verschoben; es gab mehr als ein Rückweisungsantrag. Für mich ist es nicht sehr überzeugend, jetzt zu argumentieren, dass wir Druck machen und die Weisung durchzwingen wollen. Ich begrüße es sehr, wenn wir die Debatte führen können und dies mit einer gewissen Fairness erfolgt.

Simone Hofer Frei (GLP): *Wären der Stadtrat und der Gemeinderat schneller gewesen, lägen jetzt bereits zahlreiche Gesuche für eine mehrjährige Konzeptförderung vor. Was würdet Ihr damit machen? Wer erhält das Geld? Die Freiluft- oder Digital-Theater? Wir sind der Meinung, dass es der falsche Zeitpunkt ist, mitten in der Corona-Krise, die Unsicherheit der Institutionen mit einem neuen Fördermodell zusätzlich zu erhöhen. Es spielt auch eine Rolle, dass das neue Fördermodell nicht etwa aufgrund von Missständen eingeführt wird, sondern weil wir ein besseres und zukunftsfähiges Modell wollen. Zukunftsfähig bedeutet heute nicht etwas vollständig Anderes oder Existenzielleres im Vergleich zur Zeit der Lancierung des Projekts. Wir Grünliberalen unterstützen deshalb die motivierte Sistierung der Vorlage. Sie gibt dem Stadtrat die Gelegenheit, sie in Ruhe auszubessern und es wird Zeit geschaffen, sie nochmals unter den neuen Gegebenheiten zu prüfen.*

Patrik Maillard (AL): *Die AL lehnt den Ordnungsantrag auf Sistierung ab. Auch wir haben Verständnis für die Institutionen. Auch uns kam zu Ohren, dass es eine schwierige Situation ist und dass das nicht die Verwaltung erreichte – offenbar, weil man es sich nicht mit gewissen Leuten verspielen will. Unserer Ansicht nach ist es aber so, dass eine Sistierung auf unbestimmte Zeit ein Projekt stoppen würde, das wir im Grundsatz für unterstützungswürdig halten. Es sind nicht nur die Institutionen, die sich in einer schwierigen Situation befinden; es sind vor allem die freien Theaterschaffenden, die sich nun eine Verbesserung ihrer Situation erhoffen und auch mehr Geld und Auftrittsmöglichkeiten erhalten sollen. Das würde ihnen weggenommen werden. Im Vergleich befinden sich die Institutionen in einer relativ bequemen Situation; sie erhalten ihre Subventionen und nichts wird gekürzt. Natürlich kreieren sie keine Einnahmen, haben aber gleichzeitig viel weniger Ausgaben – sie können sich jetzt auf die Projektierung konzentrieren. Darum lehnen wir eine Sistierung ab.*

Ernst Danner (EVP): *Die EVP unterstützt den Ordnungsantrag auf Sistierung. Wir sind der Meinung, dass man im Moment mit dem bisherigen System weiterfahren kann, bis mehr Klarheit herrscht.*

Urs Riklin (Grüne): *Selbst wenn wir jetzt bereits einen sehr harten Lockdown hinter uns haben, können wir uns wenigstens freuen, dass wir heute Abend hier eine sehr spannende Theatervorstellung erleben können. Nachdem die FDP und die SVP das Stück mit dem eingeübten Skript eröffnen konnten, müssen wir von der linken Ratsseite eher frei sprechen. Die Grünen werden den Ordnungsantrag auf Sistierung ablehnen. Die Corona-Krise löst sehr viel Unsicherheit aus. Darum sehen wir es als wichtige Aufgabe, der Kultur und insbesondere der betroffenen Theater- und Tanzszene Sicherheit zu gewähren. Die neue Konzeptförderung wurde nicht in der Kommission blind ausgearbeitet.*

Es handelte sich um einen partizipativen Prozess, dem eine vertiefte Analyse vorausging. Alle Beteiligten wurden an den Tisch geholt; die Schwachstellen am bestehenden System wurden ausgearbeitet und es wurde ermittelt, was verbessert werden kann. Diese Erkenntnisse flossen in die neue Konzeptförderung. Darüber wollen wir heute Abend diskutieren. Der Prozess begann im Jahr 2017; in der Kommission sprechen wir seit etwa zwei Jahren darüber. Nun zu argumentieren, dass es sich aufgrund der Corona-Krise nicht um den richtigen Zeitpunkt handelt, dies zu diskutieren, erachten wir als falsch. Wir hoffen sehr stark, dass die Corona-Krise und die einschränkenden Massnahmen vorübergehender Natur sind. Bei der Konzeptförderung, die wir heute diskutieren und für die wir eine gemeinsame Lösung ermitteln können, geht es um eine längerfristige Ausrichtung. Es geht darum, wie die Stadt die Kultur fördern und wie sie die Tanz- und Theaterszene ausgestalten soll, sowie darum, wie das aktuelle System verbessert werden kann. Die Theater- und Tanzleute müssen nicht jetzt Schutzkonzepte erarbeiten: Das geschah bereits. Das Theater Spektakel ist jetzt in Betrieb; das Schauspielhaus Zürich erarbeitete eine Saisonvorspekulation und wird die Pforten voraussichtlich in wenigen Wochen eröffnen. Wir hoffen, dass das so kommt, dass das Publikum nicht ausbleiben wird und dass sich der Betrieb normalisieren kann.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung:

STP Corine Mauch: *Ich muss gestehen, dass ich total überrascht bin. Ich höre heute Abend zum ersten Mal von diesem Manöver. Das muss ich so benennen, da jetzt, nach einer solch langen Beratung der Weisung, nach so vielen Diskussionen und kurz vor dem Schluss, ein Knebel in die Vorlage geworfen werden soll. Die Weisung erfuhr während der langen, intensiven und durchaus auch fruchtbaren Behandlung bereits viele Verzögerungen. Das ist auch der Fall, weil wir vom Präsidialdepartement und von der Kulturförderung uns bemühten, Ihre Anliegen an die Vorlage aufzunehmen. Wir unterbreiteten Ihnen Vorschläge für Ihre Anliegen; insbesondere auch bezüglich der Frage der zukünftigen Mitsprache des Gemeinderats. Die Szene brachte sich offen und intensiv in den Prozess ein. Der Prozess für die Erarbeitung des Fördermodells selbst war lange und intensiv. Die Szene, so hörten wir es, will Klarheit. Sie will wissen, wie die Kulturförderung aussieht. Sie stellte sich darauf ein, befasste sich mit dem Thema und will jetzt Klarheit. Der Tanz- und Theaterszene wird kein Gefallen gemacht, wenn die Zeit verlängert wird, bis Klarheit über die zukünftige Form der Förderungen im Bereich Tanz und Theater geschaffen wird. Die Zeit bleibt auch während der Corona-Krise nicht stehen. Wir dürfen sie auch nicht aufgrund von Corona stehen lassen. Wir müssen in die Zukunft blicken und wir müssen eine neue Normalität finden – mindestens so lange, bis ein wirksamer Impfstoff vorliegt. Das neue Modell erbringt mehr Flexibilität und Durchlässigkeit. Es handelt sich um ein «Asset», etwas, das unter dem Thema Corona noch mehr Bedeutung und Gewicht erhält. Ich bitte Sie, heute Abend wie vorgesehen die Weisung zu beraten und darüber zu entscheiden, damit wir Klarheit schaffen können – und damit allenfalls mittels einer Volksabstimmung Klarheit geschaffen wird – über das künftige Modell der Förderung im Bereich Tanz und Theater.*

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 52 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Maya Kägi Götz (SP): *Die Vorlage entspringt dem Wunsch und entspricht der Absicht, das künstlerische Schaffen im Bereich Tanz und Theater in einer Gesamtschau in den Blick zu nehmen. Mit dem vorliegenden Rahmenkredit und der Konzeptförderung soll ein für die Zukunft der Zürcher Tanz- und Theaterlandschaft tragfähiges und flexibles Fördermodell geschaffen werden. Tragfähig bedeutet in diesem Fall, dass es beweglicher und durchlässiger wird und dafür sorgt, dass neue Initiativen leichter Zugang zu einer nachhaltigen Förderung finden. Flexibler bedeutet in diesem Fall, dass die Förderung beweglicher wird und besser auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren kann. Weil die einzelnen Fördermassnahmen in den Bereichen Tanz und Theater über das Ganze gesehen besser aufeinander abgestimmt werden können, dürfte sich die Konzeptförderung auch positiv auf die Profilschärfung der einzelnen Häuser und der künstlerischen Produktionen auswirken. Vor allem sollen Anreize für mögliche Synergien und gegenseitige Befruchtungen zwischen den verschiedenen Häusern und vor allem zwischen den Häusern und den Einzelkünstlerinnen, -künstlern und Gruppen der Freien Szene gestärkt werden. Die letzte Bestandsaufnahme wurde im Jahr 1991 vorgenommen. Die Strukturen wuchsen in der Zwischenzeit und verfestigten sich. Wie der Tanz und das Theater selbst, wurde das Geschäft von viel Bewegung gezeichnet. Nach mehr als 24 Monaten Auseinandersetzung mit dem Thema schauen wir auf eine bewegte Geschichte zurück. Erarbeitet wurde das neue Förderkonzept auf der Basis der erwähnten Bestandsaufnahme und einer Evaluation, die in einem äusserst lesenswerten Schlussbericht von 4. Mai 2018 dokumentiert wird. Die Konzeptförderung bildet das zentrale Element im neuen Fördersystem. Das Fördermodell erarbeitete die Stadt auch unter Mitwirkung von 70 Vertreterinnen und Vertretern von Zürcher Institutionen und aus der Freien Szene. Mit der Konzeptförderung werden Tanz- und Theaterinstitutionen sowie Künstlerinnen und Künstler der Freien Tanz- und Theaterszene aufgrund der eingereichten Konzepte während mehreren Jahren unterstützt. Während einer ersten Periode, die ursprünglich für den Zeitraum von 2022 bis 2028 geplant wurde, soll der Kredit 6 Millionen Franken betragen. Für weitere Förderperioden soll der Gemeinderat den Betrag in einer Bandbreite zwischen 5,5 Millionen und 6,5 Millionen Franken pro Jahr festlegen. Die Grundlage für die Festlegung des jährlichen Rahmenkredits ist gemäss Dispositivpunkt A1b ein Bericht über die vergangenen sechs Jahre der vorgängigen Förderperiode. Über die Bandbreite, respektive die Aufteilung des Kredits und die Funktion des Berichts wird in der anschliessenden Detailberatung referiert. Im zukünftigen Fördersystem soll zwischen einem kontinuierlichen und einem flexiblen Teil unterschieden werden. Für den Vergleich des aktuellen Fördersystems und zur Visualisierung der massgeblichen Veränderungen, einem Zusammenspiel zwischen dem kontinuierlichen und flexiblen Teil, sowie der Finanzierung der Fördermodelle, weise ich auf den Anhang in der Weisung hin, wo das sehr anschaulich dokumentiert ist. Wie auch hier ersichtlich ist, werden das Zürcher Theater Spektakel und das Theater am Hechtplatz als städtische Institutionen dem kontinuierlichen Teil zugeordnet. Zum kontinuierlichen Teil gehören auch die Produktions- und Ko-Produktionshäuser mit zeitlich unbefristeten, wiederkehrenden Verträgen; das Schauspielhaus Zürich, das Theater Neumarkt, die Gessnerallee Zürich und das Fabriktheater. Es handelt sich um Häuser, die auf der Grundlage von*

Volksabstimmungen zeitlich unbefristet unterstützt werden. Zum flexiblen Teil gehören die Akteurinnen und Akteure der Freien Szene und alle zehn Institutionen unserer bereits vielfältigen Tanz- und Theaterlandschaft, die mit befristeten, wiederkehrenden Beiträgen unterstützt werden. Es sind diese Beiträge in der Höhe von 3,1 Millionen Franken, über deren Fortführung und Anpassung der Gemeinderat alle vier Jahre befindet und entscheidet. Bei der Konzeptförderung werden sich Institutionen, Gruppen sowie Einzelkünstlerinnen und -künstler für Förderbeiträge mit unterschiedlichen Laufzeiten bewerben – Institutionen für sechs Jahre, Gruppen und Einzelpersonen für zwei und vier Jahre. Die Anzahl der Freien Gruppen und Einzelpersonen, die eine langfristige und damit nachhaltigere Förderung erhalten können, erhöht sich durch das Modell der Konzeptförderung markant. Auch Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass die Kontinuität bei der Förderung von Künstlerinnen zu einer grossen Entlastung führt und somit ein wichtiger Erfolgsfaktor ist. Vor allem den Künstlerinnen und Künstler aus der Freien Szene stehen bei der Mittelbeschaffung durch die Konzeptförderung wesentlich mehr Zugänge offen. Sie haben eine Aussicht auf Förderung ihrer künstlerischen Arbeit durch eine Konzepteingabe, durch eine Zusammenarbeit mit den Ko-Produktionshäusern oder durch die Förderung über den «Freien Kredit». Förderalternativen sind nicht kumulierbar. Aber durch die erweiterten Möglichkeiten werden das künstlerische Schaffen individuell und die Vielfalt in der Tanz- und Theaterlandschaft durch die neue Durchlässigkeit unbestritten gestärkt. Bewertet werden die Konzepte von einer unabhängigen Jury, die vom Stadtrat gewählt ist und eine beratende Funktion hat. Die Expertenjury gibt dem Stadtrat ihre Empfehlungen in Form eines Gutachtens ab. Der Stadtrat entscheidet über die Vergabe. Die Zusammensetzung der Jury ist Gegenstand einer Verordnung. Die Aufteilung des Rahmenkredits und die Vergabe der einzelnen Konzeptförderbeiträge über mehrere Jahre an Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen werden im Dispositivpunkt A3 zur Debatte gestellt. Über das Verhältnis zwischen der sechsjährigen und den vier- und zweijährigen Konzeptförderungen beantragt die Mehrheit der Kommission eine Änderung in Bezug auf die Entscheidungskompetenz bei der sechsjährigen Förderung, die vom Stadtrat auf den Gemeinderat verlagert werden soll. Unter Dispositivpunkt A5 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat einen einmaligen Kredit von 600 000 Franken für die Institutionen mit befristeten Subventionen, die bei der Einführung der Konzeptförderung nicht berücksichtigt werden können. Diese Gelder sind für die Abfederung und zur Neuorientierung vorgesehen und gelten für die ersten beiden Jahre ab der Einführung der Konzeptförderung. Diese Gelder sind wichtig und richtig und wir freuen uns, dass sie in der Kommission unbestritten sind. Anlass zu weiteren Diskussionen gibt aber die Anpassung an die Teuerung und der Bilanzfehlbetrag, beziehungsweise der Antrag auf Streichung unter Dispositivpunkt A2. Für die Umsetzung des neuen Fördersystems sieht die Weisung Beitragserhöhungen an drei Institutionen und eine Umverteilung von Geldern vor, die jetzt bereits für die Theater- und Tanzförderung eingesetzt werden. Für die Umsetzung werden die vier Ko-Produktionshäuser – die Gessnerallee Zürich, das Tanzhaus Zürich, das Fabriktheater und das Zürcher Theater Spektakel – gestärkt. Zu diesem Zweck sollen die bisherigen städtischen Beiträge durch eine Umverteilung der bisherigen Subventionsgelder um insgesamt 1,6 Millionen Franken erhöht werden. Die Erhöhungen sind an spezifische Leistungsaufträge gebunden. Eine wesentliche Rolle in der Realisierung und Finanzierung der Konzeptförderung spielt der «Freie Kredit» von aktuell 3,1 Millionen Franken. In diesem Fördergefäss enthalten sind der Rahmenkredit

Tanz und Theater von 1,15 Millionen Franken und Projektbeiträge von insgesamt 1,95 Millionen Franken. Durch die vorgesehene Umverteilung fliesst der «Freie Kredit» zukünftig vor allem direkt über die Ko-Produktionsstätte sowie über die Konzeptförderung an Einzelkünstlerinnen und Gruppen. Durch die vorgesehene Stärkung der Ko-Produktionshäuser wird das klassische Förderdreieck umgangen. Durch die zusätzlichen Gelder erhalten die Ko-Produktionshäuser ebenfalls gebunden an spezifische Leistungsaufträge mehr Gestaltungsspielraum. Für Künstlerinnen und Künstler ist die direkte Förderung über eine Institution interessant, weil sie im Gegensatz zum Status quo die Sicherheit haben, dass sich das Haus für ihre Arbeit interessiert und auch bereit ist, die Produktion, Entwicklung und Verbreitung ihrer Arbeit aus eigenem Interesse und direkt zu unterstützen. Für diesen Zweck werden die Subventionen für den Verein Theaterhaus Gessnerallee um 690 000 Franken, für die Rote Fabrik um 430 000 Franken, für den Verein Tanzhaus Zürich um 430 000 Franken und für das Zürcher Theater Spektakel um 50 000 Franken erhöht. Die Budgeterhöhung für das Zürcher Theater Spektakel ist Gegenstand des Dispositivpunkts C2. Die weiteren Anpassungen sind im Dispositivpunkt A6 und in der Kommission unbestritten. Der «Freie Kredit» von 550 000 Franken bleibt für kleine Projekte und für die Nachwuchsförderung erhalten. Gegenüber dem bisherigen System wird die Stadt mit dem Rahmenkredit maximal 1,98 Millionen Franken zusätzlich in Tanz und Theater investieren. Der Stadtrat beabsichtigt, dass sich das Schauspielhaus Zürich, das Theater Neumarkt und das Theater am Hechtplatz mit je zwei Prozent von ihren Betriebsbeträgen an der Konzeptförderung beteiligen. Durch die Beteiligung der drei Produktionshäuser wird sich der Mehrbedarf für den Rahmenkredit und das neue Fördermodell auf 1,23 Millionen Franken reduzieren. Die Beteiligung soll dem Gemeinderat in einer separaten Weisung vorgelegt werden. In der aktuellen Debatte wird mit Dispositivpunkt C1 nur die zustimmende Kenntnisnahme verhandelt. Für die Einführung der Konzeptförderung wird der Gemeinderat eine Verordnung über die Eckpunkte des neuen Fördermodells erlassen. Die entsprechende Weisung GR Nr. 2020/60 wird in der Kommission beraten und soll, wenn es nicht zu einer Verzögerung kommt, noch vor der Volksabstimmung zum Abschluss kommen. Das neue Tanz- und Theater-Fördersystem beinhaltet weitere Massnahmen in der Tanz- und Theaterlandschaft, die nicht Teil der vorliegenden Weisung sind: die Schaffung eines Tanz- und Theaterhauses für Kinder und Jugendliche, den Aufbau eines unabhängigen Produktionsbüros und die Unterstützung eines unkuratierten Raums. Das vorliegende Geschäft ist komplex. Nicht nur der in der Weisung postulierte Zeitplan löste bei den Akteurinnen und Akteuren der Tanz- und Theaterlandschaft berechtigterweise Verunsicherung und Unruhe aus. Insofern ist es wichtig und richtig nochmals zu erwähnen, dass die Konzeptförderung bei Zustimmung des Gemeinderats und der Stimmberechtigten gemäss dem neuen Zeitplan nicht vor dem 1. Januar 2023 erfolgen wird.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2766/2020–2768/2020)

Kommissionsminderheit/-mehrheit Rückweisungsantrag

Stefan Urech (SVP): Der Rückweisungsantrag der SVP wird von den bürgerlichen Par-

teilen unterstützt. Wir sind mit vier zentralen, elementaren Teilen der Tanz- und Theaterlandschaft, den neuen Kulturförderprojekten einverstanden. Erstens ist es die ganzheitliche Sicht auf die Tanz- und Theaterlandschaft. Bis jetzt behandeln wir jeweils einzelne Weisungen zum Theater; neu soll das ganzheitlicher betrachtet werden. Der zweite Punkt, mit dem wir absolut einverstanden sind, ist die Steigerung der Kompetitivität. Die Theater untereinander sollen nicht festgefahren immer wieder Beträge erhalten, komme, was wolle. Sie müssen sich untereinander mehr konkurrenzieren, denn aus Konkurrenz entsteht immer etwas Gutes. Wir unterstützen, drittens, die Öffnung gegenüber der Freien Szene. Eine Öffnung gegenüber einzelnen, kleinen Kulturschaffenden halten wir für gut. Viertens begrüßen wir die Umverteilung der grossen Institutionen auf die Kleineren. Institutionen wie das Schauspielhaus Zürich, das Theater Neumarkt und die Gessnerallee Zürich sollen etwas für die Subvention der Kleineren und für die Diversität der Theaterlandschaft abgeben. Für uns ist jedoch absolut unverständlich, warum der Gemeinderat für das Erreichen dieser Ziele entmündigt werden muss. Im 125-köpfigen Gremium, in dem wir heute tagen, sind die verschiedensten Interessengruppen und gesellschaftlichen Schichten vertreten. Die Geschmäcker gehen von Helene Fischer bis zu gregorianischen Gesängen. Die Bevölkerung ist im Gremium Gemeinderat besser vertreten, ihre Heterogenität wird im Gemeinderat besser als im Stadtrat widerspiegelt. Mit der neuen Tanz- und Theaterlandschaft schaffen wir eine neue Heilige Kuh; ein riesiger Kredit, den der Stadtrat verteilen darf. Er lässt sich von einer Jury beraten, in der Weisung wird stets darauf hingewiesen. Die Mitglieder der Jury werden jedoch vom Stadtrat selbst eingesetzt. Heute sind nur zwei Stadratsmitglieder anwesend. Der Rest scheint nicht am Paradigmenwechsel in der Kultursubvention interessiert zu sein. So würde dies auch während den Stadtratssitzungen geschehen. Vielleicht herrscht kein Interesse oder die Stadratsmitglieder sind sehr beschäftigt. Schliesslich wird der Millionenkredit von einer Person verteilt – heute ist das die Stadtpräsidentin. Die Unterstützung der Rückweisung bedeutet weder eine Ablehnung der Förderung der Freien Szene, noch eine Ablehnung der ganzheitlichen Sicht oder der Neulancierung der Kultursubventionen. Sie spricht sich lediglich gegen den Kompetenzentzug aus. Die Kompetenz, die von 125 auf 9 Personen abgegeben werden soll, werden wir nie wieder zurückerhalten.

Maya Kägi Götz (SP): Im Zusammenhang mit der Rückweisung hörten wir nun mehrfach, dass das neue Konzeptfördermodell in den Grundzügen gutgeheissen wird. Die Rückweisung und die Befürchtung einer Entmündigung des Gemeinderats zeugen von einem Verständnis, das meiner Meinung nach die Kultur als messbar und steuerbar einschätzt. Ich habe den Eindruck, dass ein Missverständnis zur Entscheidungsfrage herrscht. Der Stadtrat ist ein 9-köpfiges Gremium. Die Jury ist eine fachkompetente Zusammensetzung, die eine gewisse Diversität und ein Wissen über solche Entscheidungen mitbringt. Ernst Danner (EVP) argumentierte, dass die Vergaben oft ideologisch seien. Nach meinem Kultur- und allgemeinen Verständnis dürfen solche Entscheidungen jedoch nicht ideologisch geprägt sein. Die Gesamtlandschaft muss in Betracht gezogen werden und die künstlerische Freiheit darf weder vorgegeben, noch beeinträchtigt werden. Es geht um einen Rahmenkredit in der Höhe von 6 Millionen Franken. Innerhalb des gesamten Kulturförderungsbudgets stellt das einen kleinen Teil dar. Oft wurde argumentiert, dass die Verteilung des Kulturkuchens an die Jury oder an den Stadtrat

überantwortet wird. Das stimmt so nicht. Wenn wir als SP die Profilschärfung der kulturellen Einrichtungen positiv bewerten und die Urheber des Rückweisungsantrags die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unter den Kulturhäusern ebenfalls begrüßen, könnte man meinen, dass wir einen gemeinsamen Nenner fanden. Für einmal wurde die Umverteilung der grossen Starken zu den kleinen Schwächeren als positiver Mechanismus ins Feld geführt. Der Zweck ist eine Umverteilung zugunsten der Freien Szene. Mir ist nicht verständlich, wie die gesamtheitliche Sicht auf die städtische Kulturförderung einerseits begrüsst wird, während man andererseits die Umsetzung der Gelder über zwei Töpfe steuern und die einzelnen Vergaben im Gesamtgefüge auf zwei Hüte verteilen will. Wenn sich in der Kommissionsdelegation die Frage nach der Machtkonzentration oder der Kompetenzverschiebung stellte, dann geschah das vor allem in Bezug auf die Stärkung der Ko-Produktionshäuser. Weil dort die zusätzlichen Gelder an einen Leistungsauftrag und an die direkte Förderung von lokalen Künstlerinnen, Künstlern und Gruppen gebunden sind, vertrauen wir darauf, dass die Fördermittel mit Umsicht und zur Stärkung der Vielfalt eingesetzt werden können.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): Die SVP sagt nicht grundsätzlich Nein zur Kultur. Im Gegenteil, wir sagen heute deutlich Ja zur Kultur. Wir befürworten auch, dass Subventionen fliesen sollen. Die Umverteilung von den Grossinstitutionen zu kleineren Institutionen macht Sinn. Mit wenigen Prozenten kann bereits sehr viel für die Kleineren bewirkt werden. Die rot-grüne Seite will dem Gemeinderat Kompetenzen entziehen. Die Grünen halten in der Fraktionserklärung fest, dass sie es für sinnvoll halten, «dass der Gemeinderat seine Kompetenzen bezüglich der Verteilung der Fördergelder an eine breit abgestützte Jury und – in letzter Instanz – an den Stadtrat abgibt». Der Gemeinderat ist mit seinen 125 Mitgliedern aus allen Parteien eine Volksvertretung. Im Stadtrat sind nicht alle Parteien vertreten. So werden schliesslich auch dem Volk Kompetenzen entzogen. Die Jury soll kompetent und breit abgestützt sein. Das wird jedoch nicht der Fall sein. Hier haben wir eine Jury mit 125 Mitgliedern aus allen kulturellen Richtungen. Eine aus wenigen Personen bestehende Jury kann das nicht reproduzieren. In der Kommission wurde uns beantwortet, wer Mitglied einer Fach-Jury sein könnte. Als Beispiel wurde eine Person als Publikumsvertretung genannt. Doch welche Einzelperson kann das gesamte Publikum der Theaterlandschaft vertreten? Das ist nicht möglich. Das wichtigste Argument ist, wer die Mitglieder der Jury stellt. Die Entscheidung liegt beim Stadtrat. Sie kann die Marionette des Stadtrats sein und allenfalls kann die Jury von ihm wieder angepasst werden. Die SP spricht in ihrer Fraktionserklärung von «nur» zwölf Jahren. Im Gemeinderat sprechen wir Kredite stets für eine Periode von vier Jahren, über das Budget auch für Perioden von nur einem Jahr. Bereits mit der Dauer von sechs Jahren handelt es sich um eine Sonder-Ausgangslage für die Kulturbranche – und jetzt wird die Dauer sogar auf zwölf Jahre verdoppelt. Es handelt sich um eine sehr lange Zeit und die Verlängerung ist nicht nachvollziehbar.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir begrüßen erstens eine ganzheitliche Sicht auf die städtische Kulturförderung. Das jetzige System mit den einzelnen Subventionsweisungen ist ineffizient. Zweitens begrüßen wir die leichte Umverteilung des Kulturbudgets

von den grossen Institutionen zur Freien Szene und zu den mittleren und kleinen Institutionen. Damit wird eine gewisse Vielfalt gefördert. Das vom PRD nie zur Diskussion gestellte Papier von Plinio Bachmann und Marco Läubli erkannte einen gewissen Einheitsbrei: «Beschränkt man sich auf die drei grossen Häuser Schauspielhaus, Gessnerallee und Neumarkt, stellt man fest, dass es bei Programm, künstlerischem Personal und der dargebotenen Ästhetik grosse Überschneidungen gibt. [...] In ihren Werbekampagnen sprechen alle drei Theater praktisch dasselbe Publikum an: jung, gebildet, trendbewusst, urban, links.» Das entspricht nicht einer Vielfalt. Darum begrüssen wir die Umverteilung und drittens eine gewisse Kompetitivität unter den Kulturhäusern. So sehr wir die Kompetitivität unter diesen Häusern begrüssen; die Voraussetzung dafür sind gleich lange Spiesse. Diese sind nicht damit gegeben, indem man die grösseren Institutionen mit noch mehr Mitteln eindeckt und diese zementiert. Gemeint sind die Institutionen aus dem kontinuierlichen Teil, die Ko-Produktionsinstitutionen. Nur alle anderen, die Kleineren, die sowieso mit geringeren Mitteln zu kämpfen haben, werden dem Wettbewerb ausgesetzt. Das verstärkt den Graben zwischen den Theatern und löst grosse Unsicherheit aus. Aus unserer Sicht wird eine noch stärkere Zweiklassengesellschaft geschaffen. Das Gegenteil der Absicht des Konzepts – die Vielfalt und Durchlässigkeit zwischen den grossen Institutionen, der Freien Szene und der kleinen und mittleren Theater – wird erreicht. Ein weiterer negativer Punkt – unsere zentrale Kritik – ist die Beschneidung der Kompetenzen des Gemeinderats. In Zukunft soll eine 9-köpfige Jury über die gesamte Tanz- und Theaterlandschaft entscheiden. Gemäss dem Stadtrat soll sie fachkundig und gleichzeitig neutral sein. Wie aber kann eine fachkundige Jury gleichzeitig neutral und unabhängig sein? Und wie soll die Stimme des Publikums ebenfalls neutral Gehör finden? Das ist in einem solchen Gremium nicht möglich. Für die FDP ist darum klar, dass eine solche Aushebelung des Gemeinderats zu weit geht und wir befürchten, dass der Einheitsbrei nach Gusto des Stadtrats fortgesetzt und die Kultur weiter verstaatlicht wird. Es wird auch nicht zu besser besuchten Vorstellungen kommen. Denn für die Einen ist das Geld sowieso da; sie müssen sich nicht ums Publikum bemühen. Ein weiterer Grund lässt uns an der motivierten Rückweisung festhalten: In der jetzigen Zeit der grossen Unsicherheit aufgrund der Corona-Krise sind die Theater mit grossen Problemen konfrontiert und kämpfen ums Überleben. Müssten sie, wenn der Zeitplan wie vorgesehen abläuft, innerhalb kürzester Zeit ein Konzept für die nächsten sechs Jahre einreichen, entspräche das einem Sprung ins trübe Wasser. Und es ist ein Konzept, das erst ab dem Jahr 2024 greifen soll. Im Moment beschäftigen sich die Theater nur damit, ob und wie es im September weitergehen soll. Gerade jetzt, wenn die Fallzahlen wieder steigen, ist es beinahe unmöglich, für die nächsten sechs Jahre zu planen. Viele Theater des flexiblen Teils erkennen das und äusserten ihre Bedenken schriftlich. In einem Schreiben an die Kommission hielten sie fest, dass eine weitere Belastung seitens der öffentlichen Hand den momentanen Rahmen der Möglichkeiten sprengt. Aus diesen Gründen – die nicht erwünschte Vergrösserung des Grabens zwischen den grossen und den kleinen Institutionen, die Beschneidung des Gemeinderats und der Zeitplan, der nicht der aktuellen Situation angepasst ist – halten wir an der motivierten Rückweisung fest.

Patrik Maillard (AL): Bereits bei meinem Eintritt in den Gemeinderat vor über eineinhalb Jahren war die geplante Umgestaltung der Tanz- und Theaterlandschaft ein hitzig

diskutiertes Thema in der SK PRD/SSD wie auch in den Fraktionen. Die angestrebte grössere Durchmischung, die vermehrte Zusammenarbeit zwischen den freien Theater-schaffenden und den befristet subventionierten Häusern sowie die Stärkung der Freien Szene – die allgemeine Stossrichtung des Modells wird von der AL im Grundsatz unter-stützt. Wir tauschten uns intensiv mit verschiedensten Vertreterinnen und Vertretern der Freien Szene aus. Die meisten unserer Gesprächspartnerinnen und -partner unterstüt-zen die Zielsetzung des Modells; teilweise beteiligten sie sich an seiner Ausgestaltung innerhalb der Workshops. Die Freie Szene soll gestärkt werden, sie soll mehr Mittel er-halten, es soll zu mehr Durchlässigkeit zwischen den Häusern und den freien Theater-schaffenden kommen. In der stadträtlichen Vorlage gibt es jedoch einige wichtige Punkte, die wir anders sehen. Der hauptsächliche Knackpunkt bei allen Parteien aus-serhalb der Sozialdemokratie und den Grünen ist, dass der Stadtrat die kulturpolitische Weichenstellung für die nächsten Jahrzehnte – es geht um mindestens die nächsten zwanzig Jahre – im Alleingang, unter Ausschluss des Gemeinderats bei der Vergabe der Subventionen, umsetzen will. Nach unserem Erachten entsteht eine zu starke Machtkonzentration. Das ist nicht undemokratisch; alle Entscheidungen liegen jedoch beim Stadtrat. Das Präsidialdepartement und die Kulturdirektion werden bei diesen Ent-scheidungen den grössten Einfluss haben. Wie sieht der Ablauf der Vergaben aus, wenn sich heute diese Weisung im Sinn des Stadtrats und der Verwaltung durchsetzt? Die personelle Zusammensetzung der Jury wird vom Stadtrat bestimmt. Die Stossrich-tung, die die Jury einschlagen soll, wird ebenfalls vom Stadtrat bestimmt. Die Jury soll sich in ihren Entscheiden nach dem aktuellen Kulturleitbild richten. Das Leitbild wird von der AL scharf kritisiert, weil es sich unserer Meinung nach mehr um das Image der Stadt sowie um die Aussenwirkung und um die Attraktivität von Zürich als Wirtschaftsstandort und Touristenmagnet kümmert, als um einen guten Nährboden für Innovation und für eine Kultur, die sich von unten entwickelt und nicht jedem internationalen Trend nach-eifert. Sollte die Jury einmal nicht dem Willen des Stadtrats entsprechend entscheiden, dann hat der Stadtrat das letzte Wort, der die Entscheidung der Jury sistieren kann. Der Stadtrat kann ein sistiertes Projekt durch ein anderes ersetzen. Der Verteilschlüssel, wieviel also von den 6 Millionen Franken für die Freie Szene und wieviel für die auf 6 Jahre subventionierten Institutionen eingesetzt wird, wird vom Stadtrat bestimmt. Zurzeit gibt es zehn befristet subventionierte Theaterhäuser. Alle vier Jahre entscheidet der Ge-meinderat über die Weiterführung oder die Anpassung der Subventionen. Neu sollen es sechs bis zehn Institutionen sein, wobei deutlich signalisiert wurde, dass eine Konzent-ration seitens der Stadt erwünscht ist. Immer wieder war während der Erklärung des Modells die Rede von sechs oder vielleicht sieben verbleibenden Häusern. Aus unserer Sicht sind jedoch zehn Häuser neben den beinahe unantastbaren und unbefristet sub-ventionierten Institutionen wie dem Schauspielhaus durchaus angebracht. Das sind auf keinen Fall zu viel – vorausgesetzt sie machen nicht das Gleiche und, ganz wichtig, sie befinden sich auch in den Aussenquartieren und nicht nur im Zentrum. Sogar wenn dem Stadtrat die Kompetenz und die Gesamtsicht zugestanden wird, handelt es sich unseres Erachtens um zu viel Eigenkompetenz. Wenn wir davon ausgehen, dass das Modell für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte Bestand haben sollte, kann man sich durchaus fragen, warum die SP und die Grünen ein solches Modell in dieser Form unterstützen. Was geschieht, wenn die Mehrheiten wechseln und ein politischer Gegner, der in der Vergangenheit immer wieder versuchte, Gelder für Kulturinstitutionen zu kürzen, Häuser

massiv bestraft? Wenn er mit den grossen Machtmitteln und den weitgehenden Kompetenzen die Tanz- und Theaterlandschaft in seinem Sinn gestaltet und formt und missliebige Häuser schliesst? Das mag Schwarzmalerei sein. Vielleicht jedoch werden einige der heutigen Befürworterinnen der stadträtlichen Vorlage die Geister eines Tages verfluchen, die sie einst riefen. Die AL wäre nicht die AL, wenn wir die Vorlage schlichtweg ablehnen würden. Mittels Änderungsanträge stellen wir eine Alternative vor, die mehr Geld für die Freie Szene generieren und den Einbezug des Gemeinderats bei den Entscheidungen gewährleisten würde.

Urs Riklin (Grüne): *Aus den Voten der rückweisenden Fraktionen höre ich viele Widersprüchlichkeiten und auch eine gewisse Doppelzüngigkeit. So wurde moniert, dass die Stadträtinnen und Stadträte aufgrund ihrer Abwesenheit wohl kein Interesse an der Kulturförderung haben. Ob sich das bei den Volksrepräsentantinnen und -repräsentanten anders verhält, von denen momentan viele draussen im Gespräch sind oder drinnen an den Bildschirmen hängen, weiss ich nicht. Ich glaube, dass das Interesse gross ist und dass die, die sich an der Debatte beteiligen wollen, stets dabei sind. Die rückweisenden Fraktionen unterstützen grosse Teile der Konzeptförderung. Sie unterstützen insbesondere den Einsatz einer Fachjury, die alle Konzepte prüft und deshalb eine Gesamtschau über die Tanz- und Theaterlandschaft erhält. Von der Fachjury werden die Konzepte ausgewählt und zur Förderung empfohlen, die am besten bestehen können und in die Tanz- und Theaterlandschaft passen. Ebenfalls befürwortet wird, dass die Freie Szene, Gruppen und Einzelpersonen, die nicht bei den Produktionshäusern angestellt sind, besser in der neuen Förderungspraxis berücksichtigt werden können. Ihnen können mehr Mittel zugeführt werden und die Förderwege verbreitern sich. Heute beraten eine Tanzkommission und eine Theaterkommission über die Fördergesuche. Neu erhalten Ko-Produktionshäuser – das Fabriktheater, die Gessnerallee und das Theater Spektakel – zweckgebundene Mittel, die sie dazu verpflichten, mit Gruppen sowie Einzelkünstlerinnen und Einzelkünstler aus der lokalen Szene zusammenzuarbeiten. Das bedeutet, dass es vereinfacht wird, in die Förderung aufgenommen zu werden. Sie müssen neu nicht mehr zwei Gesuche stellen. Was die rückweisenden Fraktionen an der Weisung stört, sind zwei wichtige Punkte. Sie wollen einerseits die Entmündigung des Gemeinderats nicht akzeptieren und andererseits sind sie der Ansicht, das jetzige System sei ineffizient. Im jetzigen System bewilligt der Gemeinderat alle vier Jahre eine Weisung zur Förderung von Institutionen. Das, was beibehalten werden soll, wird gleichzeitig als ineffizient bezeichnet. Die Grüne-Fraktion befürwortet eine Kompetenzverschiebung. Es geht dabei nicht um eine stadträtliche Machtkonzentration. Wir dürfen nicht vergessen, dass auch der Stadtrat von unserer Bevölkerung gewählt wurde. Für uns ist es wichtig, dass die Kulturförderung aufgrund von Fachkriterien und Leitlinien bestimmt wird – nicht aufgrund von politischen Launen. Wir glauben, dass eine Fachjury, die sich aus mindestens sieben Personen zusammensetzt, aber auch fünfzehn Personen umfassen kann, zu guten Entscheidungen kommen kann, weil es Personen sein werden, die aus verschiedenen Bereichen stammen, verschiedene Blickwinkel haben und so fundierte Empfehlungen abgeben können.*

Dr. Jean Daniel Strub (SP): *Das Geschäft begleitet uns bereits seit sehr langer Zeit. Ich erlebte es anders als Yasmine Bourgeois (FDP) und Stefan Urech (SVP), die die*

Verwaltung kritisch erwähnten. Von einem sehr frühen Zeitpunkt an und im Wissen darum, dass das Vorhaben, über das wir heute diskutieren, eines mit einer sehr grossen Auswirkung ist, wurden wir von der Verwaltung stets mitgenommen und kontinuierlich informiert. Seit mindestens zwei Jahren sind mir die grossen Stellen des Modells bekannt. Während den langen und zahlreichen Beratungen des Geschäfts gab es immer wieder Momente, in denen ich erstaunt darüber war, wie lange die Themen von denen, die sich jetzt kritisch äussern, nicht kritisch angesprochen wurden. Die Vorlage trägt nicht umsonst den Titel «Rahmenkredit Konzeptförderung». Der Rahmenkredit ist ein gängiges Instrument des Gemeinderats. Der Gemeinderat legt fest, in welchem Rahmen und Umfang dem Stadtrat Mittel zur Verfügung stehen, die er zur Erreichung des Ziels einsetzt, das dem Stadtrat mitgegeben wird. Wir sprachen intensiv über verschiedenste Lösungsmöglichkeiten. Wir kamen zum Schluss, dass der Rahmenkredit die einzige Lösung ist. Es ist der Wunsch, dass die Kulturförderung im Bereich Tanz und Theater auf der Basis einer Gesamtschau der Zürcher Szene geschehen soll. Das ist die Quintessenz. Vorher wurde ein Papier angesprochen; es gab auch eine andere, gross angelegte Expertenstudie zur Situation in der Stadt, die kein Überangebot konstatierte, die Doppelspurigkeiten sehr viel weniger gewichtete und festhielt, dass es eine Gesamtschau braucht. Die Gesamtschau kann nur über den Weg des Rahmenkredits entstehen. Die Rückweisung verlangt ein Entweder-oder; wäre dies jedoch möglich, hätte man das uns bereits vorgelegt. Die Anforderungen der motivierten Rückweisung sind nach unserer Einschätzung nicht erfüllbar. Im Votum von Yasmine Bourgeois (FDP) finden sich zahlreiche Widersprüche zwischen der Forderung der Rückweisung und der Kritik an der Weisung. Ich kann nicht nachvollziehen, dass argumentiert wird, dass eine Entmündigung des Gemeinderats eintreten wird. Wir diskutierten lange darüber, wie eine Beratung eines solchen Geschäfts aussehen wird. Das ist die eigentliche Entmündigung: Wenn wir uns ein Korsett auferlegen und uns in eine Situation begeben, in der wir die Gesamtbeurteilung, die vom Fachgremium vorgenommen und dem Stadtrat vorgelegt wird, nicht vornehmen können. Das ist nicht möglich, weil wir einen Antrag des Stadtrats diskutieren. Die eigentliche Entmündigung sehe ich, wenn wir dann etwas Gestütztes innerhalb eines eng begrenzten Zeitfensters diskutieren müssten.

Stefan Urech (SVP): Vermehrt wurde heute Abend bereits gesagt, dass der Gemeinderat nicht fähig sei, eine Gesamtbeurteilung vorzunehmen und die ganzheitliche Sicht auf die einzelnen Weisungen einzunehmen – nur eine Jury könne das. Das glaube ich nicht. Wir sind fähig, eine Weisung für Subventionen zu einem einzelnen Theater in den Kontext mit den anderen zu setzen. Ich glaube, dass der Mut fehlt, die Gesamtbeurteilung auszuführen. Eine Gesamtbeurteilung kann auch bedeuten, dass ein Theater allenfalls wegfällt. Das ist ein unangenehmer Entscheid und etwas, das man nicht gerne den eigenen Wählern mitteilt. Die Verantwortung wird nun an eine Jury abgeschoben; sie wird die Hiobsbotschaften verkünden müssen. Wir lehnen das Ganze nicht wegen der Kosten ab, sondern in erster Linie aufgrund des Kompetenzzugs. Dem Projekt «Tanz und Theaterlandschaft Zürich» geht einer Studie der österreichischen Integrated Consulting Group (ICG) zur Zürcher Kulturlandschaft voraus – oder wie es die ICG nannte: zur Zürcher Kulturlandschaft. Das Büro sollte untersuchen, welche alternativen Fördermodelle für die Zürcher Kulturszene möglich sind. Als die Studie in Auftrag gegeben

wurde, war eines der Leitplanken, dass die neuen Fördermodelle budgetneutral sein sollen: «Die Budgetneutralität ist eine der Leitplanken.» Im Schlussbericht des Consultingbüros wird die Budgetneutralität relativiert und festgehalten, dass sie sich lediglich auf wiederkehrende Gelder und nicht auf einmalige Investitionen bezieht. Der Bericht schlug vier Varianten vor; der Stadtrat wählte die teuerste aus. Heute stimmen wir über zusätzliche 3 Millionen Franken wiederkehrender Ausgaben ab. Von der vollständigen Budgetneutralität bewegen wir uns über die Budgetneutralität nur für die wiederkehrenden Gelder bis hin zu zusätzlichen 3 Millionen Franken. Diese Summe ist verkräftbar; wenn jedoch die möglichen Folgen der Corona-Krise für den Haushalt der Stadt berücksichtigt werden, muss man sich fragen, ob jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Budgeterhöhung ist.

Johann Widmer (SVP): Als Kind eines echten Künstlerpaars, als Präsident der Stiftung des kulturellen Erbes meines Vaters und als Präsident anderer Kulturstiftungen bin ich entsetzt darüber, wie Geld verschleudert und einen Abend lang über Kulturförderungsthemen diskutiert wird. Es handelt sich um eine Verschleuderung von Steuergeldern für linksgenehme Kultur. Es reicht nicht aus, dass die Kultur direkt gefördert wird, jetzt braucht es auch Geld für Konzepte. Dafür müsste man sich schämen. Meine Eltern hätten sich in Grund und Boden geschämt, wenn sie Profiteure, Sozialgeld- und Almosenbezüger der staatlich geförderten Kunst, geworden wären. Lieber assen sie Cervelat-Häute – ich finanzierte mein Studium selbst – als dass ihre künstlerische Freiheit eingeschränkt worden wäre. Wenn der Künstler staatlich bezahlt wird, ist er ein Staatsangestellter. Das kann höchstens Förderung dekadenter Kunst sein, die niemand braucht. Es handelt sich nicht um Künstler, wenn es für ihre Produktionen keinen Markt gibt. Früher gab es nur eine Staatsform, die sich Staatskünstler leistete, wie es heute in der Stadt geschieht. Es waren der Sozialismus und der Nationalsozialismus. Wir befinden uns auf dem Weg dorthin. Ich rufe die Künstler der Welt dazu auf, solche Almosen zu verschmähen. Sie verlieren sonst ihre künstlerische Freiheit. In einigen Jahren müssen sie sich den Vorwurf anhören, dass sie sich vom Staat aushalten liessen und dass der Staat ihre Kunst kaufte. Der in der Kunst liegende Anarchismus kann vergessen werden. Die Frage stellt sich, warum sich die Stadt eine solche Staatskultur leisten will. Die staatliche Kulturförderung versagte; die Schweizer Kultur wurde kaputt gemacht und darum braucht es jetzt neue Konzepte. Ehrlich wäre, wenn das ganze Kulturzeugs in das Sozialdepartement eingegliedert würde.

Dr. Jean Daniel Strub (SP): Im Rückweisungsantrag werden Kernelemente aufgelistet, die von den rückweisenden Fraktionen begrüsst werden. Eines davon ist die Umverteilung des Kulturbudgets. Die Rückweisung stellt das System einer staatlich subventionierten Kultur in der Stadt keinesfalls zur Debatte. Das ist richtig so, denn es geht nicht an, alle Kulturschaffenden kollektiv zu diffamieren und als Almosenbezügerinnen und -bezüger zu bezeichnen. Wir wissen alle, dass es eine wichtige Sparte eines Kulturschaffens und einer Vielfalt innerhalb des Kulturschaffens gibt, die zentral ist und die sich finanzieren lassen muss, was nur über den Weg der öffentlichen Hand gehen kann. Darum sind es zentrale Fragen, wie die Subventionen verteilt werden und wer diese Entscheidungskompetenzen erhält. Mit solchen Fragen müssen wir uns auseinandersetzen.

zen und ihnen dient der heutige Abend. Ich will dem Gemeinderat nicht die Fähigkeit absprechen, einen ganzheitlichen Blick auf die Kultur in der Stadt einnehmen zu können. Die viel bediente Aussage, dass es an Mut fehle, Änderungen vorzunehmen, ist die grosse Antithese zur Vorlage und widerlegbar. Mit dem System, das vom Rückweisans Antrag nicht in Frage gestellt wird, wird auf der Grundlage von Konzepten eine Entscheidungsgrundlage durch ein Fachgremium erarbeitet. Das geht an den Stadtrat und er muss dem Gemeinderat eine Weisung vorlegen, die zwangsläufig einen Ausschnitt aus dem Ganzen, das von der Jury beurteilt wurde, beinhaltet. Es ist ein formaler Grund, warum der Gemeinderat in der vorgeschlagenen Lösung nicht die Möglichkeit haben wird, die Gesamtschau vorzunehmen. Die SP-Fraktion glaubt, dass es richtig ist, dem Geschäft in der vom Stadtrat vorgelegten Version zuzustimmen, wenn eine Gesamtschau und eine auf ihr basierte Entscheidung gewünscht ist.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung:

STP Corine Mauch: Eine der grossen Herausforderungen in der Kulturpolitik ist, dass man im Rahmen von historisch gewachsenen Kulturlandschaften trotzdem in Bewegung bleibt. Es ist keine einfache Aufgabe, das sicherzustellen: Man stösst auf Besitzstände, auf Ansprüche und auf Gewohnheiten. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Tanz- und Theaterszene in Zürich durchaus auch kritisch aber grundsätzlich neugierig und offen im Hinblick auf die Initiative zeigte. Unsere Tanz- und Theaterförderung funktioniert zwar gut. Sie hat jedoch den Nachteil, dass sie zu wenig Durchlässigkeit in der institutionellen Förderung hat: Wenn man noch nicht im Förderkanon ist, ist es schwierig, hineinzugelangen. Die starke Trennung zwischen den Institutionen und der Freien Szene ist ein Nachteil. Die Welt verändert sich von Tag zu Tag; auch die Art und Weise, wie Kunst produziert und konsumiert wird. Aus diesem Grund schufen wir ein neues Fördersystem, das den künftigen Herausforderungen besser gerecht werden soll. Für mich war es eine sehr wichtige Bedingung, dass dies mit den Stakeholdern erarbeitet wird, weil die Kunstschaffenden wissen, was die Themen in ihrer täglichen Arbeit sind. Darum arbeiteten wir während über drei Jahren an diesem Prozess. Viele Stunden wurden investiert, es waren spannende Prozesse, in denen es bereits zu Bewegungen kam. Noch nie gab es eine solch fundamentale Diskussion über die Art und Weise, wie Kultur gefördert werden soll. Dementsprechend weckte die Arbeit Interesse in anderen Schweizer Städten und auch in europäischen Städten. Die Zürcher Kulturpolitik hat den Anspruch, dass sie innovativ ist und den Mut hat, neue Wege zu begehen. Mit diesem Konzept wird das eingelöst. Das neue Fördermodell wurde sehr sorgfältig erarbeitet, nimmt die Bedürfnisse der Tanz- und Theaterschaffenden auf, stärkt vor allem die freien Kulturschaffenden und ermöglicht eine kontinuierliche Erneuerung der Landschaft. Die Kulturschaffenden zeigten Mut, als sie sich auf den Prozess und auf etwas Neues einliessen. Jetzt liegt es an der Politik, das zu ermöglichen. Einer der wichtigsten Diskussionspunkte während der langen Beratungen war die Frage der Kompetenzen der Beteiligung des Gemeinderats. Ich habe dafür Verständnis, dass diese Frage umtreibt. Wir reagierten und unterbreiteten die Verordnung, mit der im Sinn einer strategischen Führung die Eckwerte der neuen Förderung festgelegt werden. Mitnichten ist es eine Aussage, dass der Gemeinderat nicht fähig wäre, eine Gesamtschau vorzunehmen. Es handelt sich um eine Frage der rechtlichen Grundlage der Gemeindeordnung: Es ist festgelegt, dass der

Gemeinderat auf Antrag des Stadtrats entscheidet. Wir können nicht eine Auswahl unterbreiten, das ist rechtlich nicht möglich. Es ist also nicht eine Frage des Mutes, sondern eine der Rechtsgrundlagen. Wenn die Änderungsanträge, dass der Rahmenkredit in zwei Teile aufgeteilt wird oder, dass die Vergabe der sechsjährigen Förderbeiträge weiterhin durch den Gemeinderat beschlossen werden, angenommen werden, ist der Stadtrat offen, das aufzunehmen. Der Stadtrat wird die Unterstützung für die Vorlage geben, wie sie vom Gemeinderat beschlossen wird und schliesslich noch vor das Stimmvolk kommt. Es ist unser Anliegen, dass die Auswertung der ersten Periode der Konzeptförderung auf fundierten Grundlagen basiert. So können die Ergebnisse fundiert sein und allenfalls fundierte Anpassungen am Konzept erfolgen oder es kann so weitergeführt werden. Wir werden schliesslich nur eine Förderperiode evaluieren können; wir werden gefordert sein, uns frühzeitig damit zu beschäftigen, damit die Evaluation zu aussagekräftigen Ergebnissen kommen kann.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Vorlage ist so zu überarbeiten, dass die Stossrichtung der geplanten Neuorganisation der Kulturförderung beibehalten wird ohne dem Gemeinderat die Kompetenz über die definitive Festsetzung der Subventionen und deren Verteilung zu entziehen.

Folgende Kernelemente aus der vorliegenden Weisung werden von den rückweisenden Fraktionen begrüsst und sollen auch in der überarbeiteten Version eine zentrale Rolle spielen:

- Steigerung der Kompetitivität unter den Kulturhäusern
- Öffnung der Kultursubventionen für die freie Szene und somit eine Verbesserung der Chancen für kleinere und unabhängige Gruppen sowie für den Nachwuchs
- Umverteilung des Kulturbudgets von den grossen Institutionen (Schauspielhaus, Neumarkt) zur freien Szene zwecks Förderung von Vielfalt und Innovation
- Ganzheitliche Sicht auf die städtische Kulturförderung statt der Konzentration auf Vorlagen, die auf einzelne Häuser zugeschnitten sind
- Die Einführung eines ratsexternen (Fach-)Gremiums mit beratender Funktion

Die SVP stellt sich gemeinsam mit den rückweisenden Fraktionen gegen die Entmündigung des Gemeinderats, dessen Einfluss auf die Tanz- und Theaterlandschaft der Stadt Zürich fortan auf persönliche Vorstösse reduziert werden soll. Das staatlich subventio-

nierte Theaterangebot wurde bis anhin durch den Gemeinderat, der verschiedenste Interessensgruppen und gesellschaftliche Schichten vertritt, mitbestimmt. Es ist nicht akzeptabel, dass diese breite Abstützung auf das neunköpfige Gremium des Stadtrats reduziert werden soll.

- Mehrheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
- Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A1 und Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2

Patrik Maillard (AL): *Der Antrag der AL für einen Kompromiss will einerseits das Projekt in ihren Grundzügen erhalten, den Gemeinderat jedoch bei den Entscheidungen über die Beiträge an die sechsjährige Förderung der Institutionen miteinbeziehen. Bei diesem Antrag handelt es sich um ein Gesamtpaket. Die Grünen reichten in letzter Minute einen Antrag ein, der als gleichgerichtet behandelt wird. Darum wurde der AL-Antrag, das Gesamtpaket, zweigeteilt. Die Annahme der zwei Änderungsanträge ist die Bedingung dafür, dass wir über einen sehr wichtigen Punkt, den Einbezug des Gemeinderats beim Entscheid über die sechsjährig geförderten Institutionen, überhaupt abstimmen können. Das wäre der Eventualantrag zu Dispositivpunkt A3. Die zwei Änderungsanträge sind die Grundlage für die nachfolgenden Abstimmungen über die Kompetenzen. Werden sie abgelehnt und findet beispielsweise der Antrag der Grünen eine Mehrheit, wird heute nicht mehr über die Kompetenzverteilung abgestimmt. Im Dispositivpunkt A1 wird im Antrag der AL und der Kommissionsmehrheit der jährliche Betrag auf 6,5 Millionen Franken festgesetzt. Die im stadträtlichen Antrag festgesetzte Bandbreite wäre damit abgeschafft, der Betrag erhöht sich. Damit werden mehr Mittel für die Freie Szene generiert. Zudem wird die Aufteilung des Rahmenkredits – welchen Anteil die sechsjährig geförderten Institutionen und welchen die freien Theaterschaffenden prozentual erhalten sollen – nach Berichterstattung durch den Stadtrat dem Gemeinderat überlassen. Zurzeit wird im stadträtlichen Modell und im Gegenvorschlag der AL von 60 Prozent für die Häuser und 40 Prozent für die Freien ausgegangen. Das macht Sinn, weil die Häuser höhere Fixkosten haben. Sollten es jedoch nach sechs Jahren deutlich weniger Häuser sein – so sieht es momentan aus – dann wäre die Aufteilung möglicherweise überholt oder zu stark zugunsten der Institutionen gewichtet. Am meisten zu reden gab zumindest ausserhalb der SP und Grünen, dass der Gemeinderat im stadträtlichen Modell nicht wie bis anhin über die Beiträge an die befristet subventionierten Theaterinstitutionen mitbestimmen kann. Es können und werden bestehende Theaterhäuser geschlossen werden, falls sich die Stadtratsvorlage heute durchsetzt. Im Gespräch mit der Verwaltung war immer wieder die Rede von sechs Institutionen. Es handelt sich*

nicht um einen Kahlschlag. In der ersten Runde sollen es eins bis zwei Häuser sein, danach könnten es mehr sein. Es geht unserer Meinung nach auf eine Konzentration zu. Dass Theaterhäuser über die Klinge springen müssen, falls der Stadtrat sich heute durchsetzt, ist kein Geheimnis, sondern Teil des Konzepts. Nach unserem Erachten entspricht eine Konzentration jedoch nicht zwingend einer Verbesserung. In der Stadt gibt es genügend Platz für zehn Theaterhäuser neben den unbefristet subventionierten Institutionen. Die Voraussetzung dabei ist, dass sie eine eigene Linie fahren. Darum zielt der Kompromissvorschlag zum einen darauf ab, mehr Geld für die Freie Szene zur Verfügung zu haben. Der Kompromissvorschlag sieht eine Aufteilung in zwei Töpfe vor; einen für die Institutionen, den anderen für die Freien. Die Aufteilung kann sich nach jeder Förderperiode abhängig von der Situation verschieben. Alle sechs Jahre erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht. Das bleibt gleich. Neu mit dem Änderungsantrag ist, dass mit der Berichterstattung der Antrag des Stadtrats an den Gemeinderat auf Aufteilung des Rahmenkredits verbunden ist. Diese Änderung ist Voraussetzung dafür, dass der Gemeinderat Entscheidungskompetenzen erhält. Der Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2 will, dass der Teuerungsausgleich nicht von einer positiven Bilanz anhängig gemacht wird. Wir kennen dieses Theater – aus unserer Sicht eher ein Trauerspiel – um Kürzungen bei der Kultur, falls die Stadt eine negative Bilanz ausweisen sollte. Die Sozialdemokraten schlossen in der letzten Legislaturperiode, als der Gemeinderat bürgerlich dominiert war, einen Deal ab und verhalfen dadurch dem Kürzungspassus, der in jeder Kulturweisung vorkommt, zum Durchbruch. In diesem Fall ist es zwar eine Kann-Formulierung und die Kürzung ist abhängig von der Höhe der Teuerung. Das macht es jedoch nicht besser: Die Teuerung kann durchaus höher sein als das 1 Prozent im ersten und die bis zu 4 Prozent im vierten Jahr, wenn die Stadt einen Bilanzfehlbetrag aufweisen sollte. Während Corona betreffen die Auswirkungen die Kulturschaffenden besonders hart. Das finanzielle Polster der Stadt droht zu schwinden und die Auswirkungen des Lockdowns auf die Rechnung der Stadt sind noch nicht absehbar, werden jedoch gewiss gross sein. Es ist gut möglich, dass Zürich in naher Zukunft rote Zahlen schreibt. Genauso möglich ist, dass wir bald mit einer starken Teuerung rechnen müssen. In einer Vorlage, die für Jahrzehnte gültig sein sollte, ist ein solcher Passus ein absolutes No-Go und ein Schlag ins Gesicht aller Kulturschaffenden. Dass der Passus ohne Not in der Vorlage festgehalten wurde, ist meiner Meinung nach bereits schamvoll. Es ist möglich, dass wir alle bald einmal den Gürtel enger schnallen müssen. Das soll nicht einseitig erfolgen. Für die Sparwut bei der Kultur und auch bei der Bildung sind eigentlich die Rechten bekannt. Die Vorlage stammt jedoch aus der sozialdemokratisch geführten Kulturabteilung. Immerhin positionierte sich die sozialdemokratische Fraktion bei dieser Frage gegen eine Kürzung. Das halte ich für einen Schritt in die richtige Richtung. Ein weiterer Schritt wäre die Aufhebung des Deals mit der Ratsrechten; die Aufhebung der kulturfeindlichen Klausel, die bei jedem Finanzfehlbetrag automatisch kürzt.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt A1

Urs Riklin (Grüne): *Wir haben zwei gleichgerichtete Anträge zum Dispositivpunkt A1 und wir können darüber befinden, welches der Konzepte wir befürworten und weitergeführt werden soll. Die zwei gleichgerichteten Anträge legen die Höhe des Rahmenkredits fest. In der stadträtlichen Weisung wird festgelegt, dass der Rahmenkredit für die*

Förderbeiträge in der ersten Periode jährlich 6 Millionen Franken betragen soll. Anschliessend soll der Gemeinderat alle sechs Jahre die Höhe des Rahmenkredits innerhalb einer Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken festlegen können. Damit das neue System erfolgreich starten und sich bewähren kann, stellen die Grünen zusammen mit der SP den Antrag, dass der Rahmenkredit von Anfang an bei 6 Millionen Franken festgelegt werden und auch in der Zukunft bei diesem Betrag bleiben soll. Einerseits wollen wir mit der Konzeptförderung die Tanz- und Theaterszene stärken. Das rechtfertigt, dass mehr Mittel für die Förderung zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen wollen wir erreichen, dass Akteurinnen und Akteure der Freien Szene besser in die Kulturförderung aufgenommen werden können. Andererseits ist es so, dass der Vorschlag der Bandbreiten-Regelung finanzpolitisch wenig Auswirkungen hat; förderpolitisch sind variierende Beiträge jedoch eher nachteilig. Im schlimmsten Fall können sie grosse Lücken hinterlassen und darum beantragen wir, dass der Rahmenkredit nicht variiert, sondern dass er bei 6,5 Millionen Franken festgelegt wird. Unser Antrag beinhaltet eine zweite Komponente. Sie betrifft die Qualität der Berichterstattung des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat. Der Stadtrat legt in der Weisung fest, dass der Bericht Informationen zum Prozess der Vergabe, der gesprochenen Förderbeiträge und der Wirkung der Beiträge auf die Tanz- und Theaterlandschaft umfasst. Das ist gut und recht. Wir wünschen uns zusätzlich, dass der Bericht über das Deskriptive hinausgeht und auch analytisch vorgehen kann. Uns interessieren beispielsweise auch Fragen zur Zielsetzung der Förderung und inwiefern die Ziele erreicht werden konnten. Der Bericht soll auch das Thema der Qualität in der Tanz- und Theaterlandschaft aufgreifen. In der Weisung wird häufig thematisiert, dass das neue Fördersystem die Qualität der Förderung stärken soll. Das zweite ist die Aufteilung des Änderungsantrags der AL, die zusammen mit der SVP, FDP und GLP eingereicht wurde. Dieser Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A1 beinhaltet, dass der Rahmenkredit in die verschiedenen Fördertöpfe aufgeteilt werden sollte. Die Minderheit der Kommission erachtet das nicht als zielführend. Einerseits führt das dazu, dass die Gesamtsicht auf die Förderung der Landschaft verloren geht. Denn es werden zwei unterschiedliche Gremien über die Förderung bestimmen; der Gemeinderat wird über die sechsjährige Förderung und die einzelnen Beiträge an die Institutionen, Gruppen oder Einzelpersonen entscheiden, während der Stadtrat über die zwei- und vierjährige Förderung beschliessen wird. Wir erachten das als wenig sinnvoll, weil wir die Gesamtsicht und die Gutachten der Fachjury begrüssen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Minderheit der Kommission ist wie der Stadtrat der Meinung, dass wenn die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aufweist, die Stadt auf die Anpassungen bezüglich der Teuerung verzichten kann. In finanziell schlechten Zeiten ist eine minimale Anpassung des Kulturbudgets durchaus vertretbar. Wo sparen Sie, wenn es das Budget verlangt? Ich selbst beim persönlichen Vergnügen. In einem solchen Fall wird nicht nur bei der Kultur gespart werden müssen. Die Kultur wird – wie alle anderen Bereiche – gewisse Abzüge verkraften müssen. Wir hoffen alle, dass es nicht soweit kommen wird. Seit kurzen sehen wir jedoch, wie schnell es gehen kann.

Kommissionsmehrheit/-minderheit neuer Dispositivpunkt A7

Stefan Urech (SVP): *An der gestrigen Kommissionssitzung formulierten wir sprachliche Details des Änderungsantrags um. Er fordert, dass das neue System nicht für unbestimmte Zeit eingeführt wird, sondern, dass es als eine Art Pilotprojekt eingeführt und auf zwei Vergabeperioden begrenzt wird. Die zwei Vergabeperioden entsprechen zwölf Jahren. Es wurde von der linken Ratsseite bereits angesprochen, dass das zu wenig Zeit sei, um ein neues System zu evaluieren. Zwölf Jahre sind eine lange Zeit; die meisten Gemeinderatsmitglieder bleiben nicht wie Dr. Jean-Daniel Strub (SP) zwölf Jahre lang Mitglied. Wäre das neue System bei seinem Eintritt eingeführt worden, hätte er die Evaluation nicht mehr als Gemeinderatsmitglied erlebt. Nach einer solch langen Zeitspanne, nach zwei Vergabeperioden, nachdem also zwei Mal das Geld verteilt wurde, kann man durchaus von den beteiligten Akteuren erwarten, vor allem vom Publikum sowie den Kulturschaffenden, dem Gemeinderat und der Verwaltung, dass sie evaluieren, die Schlüsse ziehen und nochmals abstimmen.*

Urs Riklin (Grüne): *Bereits vor den Sommerferien kam es genau zu solch einem Fall: Ein Dispositiv-Änderungsantrag wurde knapp eingereicht, was zu einem gewissen Unmut in gewissen Fraktionen führte und sie beschlussunfähig machte. Den vorliegenden Änderungsantrag erhielten wir weniger als 24 Stunden vor der Ratsdebatte. Aus unserer Perspektive müssen wir den Antrag ablehnen. Grundsätzlich haben wir ein gewisses Verständnis dafür, dass ein Unbehagen vorhanden sein kann, da es sich um ein Experiment handelt, ein neues Fördersystem einzuführen. Man weiss noch nicht mit Sicherheit, wohin die Reise führt. Es ist darum auch nachvollziehbar, dass ein Bedürfnis besteht, eine Evaluation durchzuführen und sich aufgrund dieser Erkenntnisse für Anpassungen zu entscheiden, die gewisse Optimierungen zulassen. Der Änderungsantrag führt jedoch dazu, dass nach Ablauf der zwei Förderperioden, also nach zwölf Jahren, eine unsichere Situation entsteht. Daraus ergeben sich zwei Szenarien. Entweder ist dann keine Förderpolitik mehr aktiv, weil nach dem Ablauf nun die Evaluierung läuft und es nach mehreren Jahren zu einer Volksabstimmung kommt. Oder man muss die Evaluation und die Volksabstimmung vor dem Ende der zwei Förderperioden durchführen. Das ist nicht unmöglich. Die Minderheit ist jedoch der Ansicht, dass Entscheidungen für die Weiterführung einer Konzeptförderung oder allfällige Anpassungen auf fundierten Erkenntnissen fussen sollen. Wenn die Evaluation vor dem Ende der zwei Förderperioden stattfinden soll, wird die Datenlage eher gering ausfallen. Für die zwei- und vierjährigen Förderungen wird es mehrere Fälle geben. Aber bei der sechsjährigen Förderung kann lediglich eine Vergaberunde evaluiert werden. Die Evaluation wird darum wahrscheinlich zum Schluss kommen, dass es zu keinen wesentlichen Veränderungen durch die Konzeptförderungen kam. Es wird schwierig, aufgrund dieser Erkenntnisse Anpassungen auszuführen. Wir sehen die Möglichkeit darin, dass eine Begrenzung der Laufdauer mit einer Verordnung geregelt wird. Die Minderheit erachtet es jedoch nicht als geeignet, dass diese Begrenzung im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit in die Weisung einführt wird, was zudem Unsicherheit auslösen würde.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung Dispositivpunkte A1–A7 und B1–B2

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Stadt Zürich entwickelte in Zusammenarbeit mit praxiserfahrenen Tanz- und Theaterschaffenden ein neues, zukunftsweisendes Fördermodell. Es garantiert einerseits die Qualität in der Tanz- und Theaterlandschaft, andererseits ermöglicht es eine flexiblere Förderung. Neue Ideen und Initiativen erhalten mehr Chancen auf Förderung und die Freie Szene wird gestärkt. So wird dem Publikum auch in Zukunft ein breites Angebot zur Verfügung stehen, das die Vielfalt für die Bevölkerung widerspiegelt. Gemäss dem mehrheitsfähigen Antrag der AL wird der Rahmenkredit von 6,5 Millionen Franken für die Konzeptförderung in zwei Töpfe aufgeteilt. Der erste Topf dient der sechsjährigen Förderung, der zweite der zwei- und vierjährigen Förderung. Die Entscheidungsbefugnis über die sechsjährigen Konzeptförderungsbeiträge liegt beim Gemeinderat. Über die zwei- und vierjährigen Beiträge entscheidet der Stadtrat. Mit diesem echt schweizerischen Kompromiss werden die Bedenken der SVP, FDP und GLP gegen das Abtreten der Entscheidungsbefugnis des Gemeinderats an den Stadtrat Rechnung getragen. Die Mehrheit der Kommission steht hinter dem Kompromiss und ist der Meinung, dass jetzt vorwärts gemacht und dass der Systemwechsel im Bereich Tanz und Theater bald realisiert werden soll. Die Dispositivpunkte A4 bis A6 sind unbestritten. In den Dispositivpunkten B1 und B2 geht es um die Aufhebung von Beschlüssen des Gemeinderats, die mit der Einführung der Konzeptförderung obsolet werden.

Stefan Urech (SVP): Die SVP unterstützt die Anträge der AL im Sinne einer Schadensbegrenzung. Insgesamt lehnen wir die Einführung der Konzeptförderung ab. Wir lehnen das neue Kulturförderungssubventionsmodell aus drei Gründen ab. Erstens wurde die Zürcher Tanz- und Theaterlandschaft mit der Corona-Krise von einem schweren Erdbeben erschüttert, von dem sie sich bis heute noch nicht erholt und noch lange braucht, um sich zu erholen. Es ist jetzt nicht Zeit, um ein neues Erdbeben künstlich auszulösen. Zweitens wird unser Finanzhaushalt noch vom Erdbeben erschüttert werden: Das wird noch auf uns zukommen. Jetzt ist nicht die Zeit, um neue Ausgaben in Form von jährlich zusätzlichen 3 Millionen Franken einzuführen. Und drittens, für mich persönlich der wichtigste Grund, wird heute Abend mit der Zustimmung die Kulturförderung der Stadt von 125 auf 9 Personen übertragen. Damit wird dem Gemeinderat die Kompetenz entzogen und nicht der Heterogenität von Zürich gerecht.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): Die Aussage des Sprechers der Kommissionsminderheit zum neuen Dispositivpunkt A7, dass die Beschränkung auf zwei Vergabeperioden ein Problem darstellt, da die Evaluation erst nachher erfolgen soll, stimmt nicht. Wir formulierten: «Vor einer eventuellen dritten Vergabeperiode» soll die Evaluation bereits begonnen werden. Während den zwölf Jahren wird genügend Zeit dafür zur Verfügung stehen. Wir hielten auch fest, wer die beteiligten Akteure sein sollen: das Publikum, die eigenen Kulturschaffenden sowie das Parlament, respektive die Kommission und die Verwaltung. Die Evaluation wird dann zeigen, was gut und was verbesserungswürdig ist. Dann kön-

nen das Parlament und schliesslich das Volk über die neue Version entscheiden. Spätestens nach zwölf Jahren werden wir wissen, wie es weitergehen soll.

Ernst Danner (EVP): Nach unserer Gruppenerklärung kam es offenbar zu Missverständnissen über unser Abstimmungsverhalten. Wir halten zwar den Antrag der AL für die Aufteilung für schwach, weil es sich um eine Art Alibi-Antrag handelt. Schöner wäre, wenn die AL konsequent wäre und die Kompetenzdelegation ablehnen würde. Der Antrag ist jedoch besser als nichts. Darum werden wir dem Mehrheitsantrag zustimmen. Für uns ist weiterhin rätselhaft, warum der Stadtrat auf der Kompetenzdelegation beharrt. Heute gäbe es eine Einheit im Saal, wenn es nicht um diese Delegation ginge. Denn im Kern sind alle dafür, wenn man dem Rückweisungsantrag Glauben schenken kann – wir gehen davon aus. Ich habe den Verdacht, dass die Subventionen gewissermassen «entre soi-même» ohne den Störenfried des relativ chaotischen, laienhaften Gemeinderats entschieden werden wollen. Sowohl im Gemeinderat und Stadtrat wie auch in einem Expertengremium gibt es gewisse Gefahren der Begünstigung oder des Beziehungsnetzes. Wenn das Gremium klein ist und wenn es Experten sind, schätze ich das Risiko, dass das Beziehungsnetz eine Rolle spielt, als grösser ein, als wenn der Gemeinderat darüber debattiert. Er diskutiert öffentlich und es ist mehr oder weniger bekannt, wo Beziehungen bestehen. Darum ist ein allenfalls notwendiges Intervenieren besser möglich. In einem Expertengremium und im Stadtrat ist das nicht der Fall. Darum sind wir ausgesprochen der Meinung, dass die Kompetenz beim Gemeinderat bleiben soll. Zur Schadensbegrenzung sind wir mit dem Antrag der AL einverstanden. Wir werden bei der Teuerung der Rückfallposition zustimmen und somit mit der Minderheit stimmen. Wir befürworten die Möglichkeit, dass gebremst werden kann, wenn es zu einem Bilanzfehlbetrag kommt. Wir werden dem Antrag der SVP bezüglich der Evaluation zustimmen – zwölf Jahre sind eine sehr lange Periode. Wenn erst im dreizehnten oder fünfzehnten Jahr eine Evaluation durchgeführt wird, ist die Welt bereits eine andere.

Yasmine Bourgeois (FDP): Für die Mehrheit der Kommission geht der gemeinsam ausgearbeitete Kompromiss mit der AL in die richtige Richtung. Für einen Teil der Mehrheit, für die FDP, SVP und EVP, geht er nicht so weit, wie erwünscht. Er gibt dem Gemeinderat jedoch im Gegensatz zur Vorlage des Stadtrats eine gewisse Kompetenz zurück. Trotzdem werden wir in der Schlussabstimmung gegen die Einführung stimmen, weil unsere Sistierung nicht angenommen wurde. Wir erhielten jetzt nochmals ein Statement der Kulturhäuser des flexiblen Teils, in dem sie nochmals ihre Bedenken äussern und auch betonen, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Wir teilen diese Meinung und finden auch, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Wir sind nicht gegen eine Umgestaltung der Kultur- oder Förderlandschaft – sie soll aber nicht jetzt erfolgen.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A1:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Kultursparten Tanz und Theater wird zur Umsetzung der Konzeptförderung für eine vielfältige und flexible Tanz- und Theaterlandschaft ab 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung ein Rahmenkredit von jährlich 6,5 Millionen Franken für die Vergabe mehrjähriger Konzeptförderbeiträge an Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen, auf Gesuch hin, einzeln oder gemeinsam bewilligt.
 - ~~a. Für die 1. Förderperiode von sechs Jahren beträgt der Rahmenkredit jährlich 6 Millionen Franken. Für die 2. und die weiteren Förderperioden legt der Gemeinderat jeweils die Höhe des Rahmenkredits innerhalb einer Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken unter Ausschluss des Referendums fest.~~
 - a. Der Gemeinderat teilt den Rahmenkredit von jährlich 6,5 Millionen Franken jeweils für eine Konzeptförderperiode von sechs Jahren in zwei Teile auf: einen für die sechsjährige Konzeptförderung von Institutionen und einen für die zwei- und vierjährige Konzeptförderung von Gruppen und Einzelpersonen. Für die erste Förderperiode von sechs Jahren beträgt die Aufteilung 60 % für sechsjährige Konzeptförderung und 40 % für zwei- und vierjährige Konzeptförderung.
 - b. Jeweils vor Ablauf einer Konzeptförderperiode von sechs Jahren, erstmals per Herbst Sommer 2026, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht. Der Bericht umfasst insbesondere den Prozess der Vergabe, die gesprochenen Konzeptförderbeiträge, die Wirkung der Konzeptförderbeiträge auf die Tanz- und Theaterlandschaft sowie die Learnings und Ziele für die nächste Konzeptförderperiode. Mit der Berichterstattung ist der Antrag auf die Höhe des Rahmenkredits für die nächste Förderperiode in der Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken zu verbinden Aufteilung des Rahmenkredits verbunden.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A1:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Kultursparten Tanz und Theater wird zur Umsetzung der Konzeptförderung für eine vielfältige und flexible Tanz- und Theaterlandschaft ab 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung ein Rahmenkredit von jährlich 6,5 Millionen Franken für die Vergabe mehrjähriger Konzeptförderbeiträge an Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen, auf Gesuch hin, einzeln oder gemeinsam bewilligt.
 - ~~a. Für die 1. Förderperiode von sechs Jahren beträgt der Rahmenkredit jährlich 6 Millionen Franken. Für die 2. und die weiteren Förderperioden legt der Gemeinderat jeweils die Höhe des Rahmenkredits innerhalb einer Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken unter Ausschluss des Referendums fest.~~
 - ~~b.~~ Jeweils vor Ablauf einer Konzeptförderperiode von sechs Jahren, erstmals per Herbst 2026, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht. Der Bericht

umfasst insbesondere Informationen zu Zielsetzungen und den Stand der Zielerreichung für die laufende Förderperiode, den Prozess der Vergabe, die gesprochenen Konzeptförderbeiträge, die Wirkung der Konzeptförderbeiträge auf die Tanz- und Theaterlandschaft, insbesondere auch auf die mit der Konzeptförderung für diese angestrebten Qualitätsstandards, sowie die Learnings und Ziele für die nächste Konzeptförderperiode. Mit der Berichterstattung ist der Antrag auf die Höhe des Rahmenkredits für die nächste Förderperiode in der Bandbreite von jährlich 5,5 bis 6,5 Millionen Franken zu verbinden.

- Mehrheit: Patrik Maillard (AL), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)
- Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A2:

A. Zuhanden der Gemeinde:

2. Der Rahmenkredit wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der Wert von Dezember 2021). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Patrik Maillard (AL), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
- Minderheit: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 Stimmen zu.

27 / 35

Änderungsantrag, neuer Dispositivpunkt A7

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgenden neuen Dispositivpunkt A7:

A. Zuhanden der Gemeinde:

7. Die Einführung des neuen Vergabesystems in der Kulturpolitik wird auf 12 Jahre, also zwei Vergabeperioden, begrenzt. Danach soll es auf Grund einer Evaluation durch die beteiligten Akteure und nach allfälligen Anpassungen erneut zur Abstimmung gebracht werden.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL)
Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)

Die Mehrheit zieht ihren Antrag zurück und beantragt folgenden neuen Dispositivpunkt A7:

A. Zuhanden der Gemeinde:

7. Die Einführung des neuen Vergabesystems wird auf zwei Vergabeperioden begrenzt. Vor einer eventuellen dritten Vergabeperiode soll es basierend auf einer Evaluation durch die beteiligten Akteure (Publikum, Kulturschaffende, Gemeinderat und Verwaltung) und nach allfälligen Anpassungen erneut zur Volksabstimmung gebracht werden.

Der Rat stimmt dem neuen Antrag der Mehrheit mit 64 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A3

Yasmine Bourgeois (FDP): Für die Mehrheit geht der Kompromiss in die richtige Richtung; nicht so weit, wie sich das die FDP und SVP erwünschen. Es handelt sich jedoch um einen akzeptablen Kompromiss, mit dem wir leben können.

Maya Kägi Götz (SP): Das wesentliche Merkmal des neuen Förderprogramms gründet auf einer Gesamtsicht. Sie wird auch von den rückweisenden Parteien gutgeheissen. Wir drehen uns ein wenig im Kreis. Es bleibt unverstänlich, wie die ganzheitliche Sicht auf die städtische Kulturförderung einerseits begrüsst wird, während andererseits die einzelnen Vergaben auf zwei Töpfe verteilt werden sollen. In der Kommission wurde uns mehrfach aufgezeigt, dass die Umsetzung technisch schwierig wird. Auch wenn dem Gemeinderat mehrfach starke Kompetenz bei kulturellen Fragen attestiert wurde, halte ich es nicht für die eigentliche Aufgabe von Politikerinnen und Politikern, über Häuser

und Inhalte zu verfügen. Es geht in erster Linie um kulturpolitische Kompetenzen. Dieser Unterschied sollte ernsthafter in Betracht gezogen werden.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A3 (Eventualantrag bei Zustimmung zum Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A1)

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A3:

A. Zuhanden der Gemeinde:

3. Über die Aufteilung des Rahmenkredits und die Vergabe der einzelnen Konzeptförderbeiträge über mehrere Jahre an die Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen einzeln oder gemeinsam entscheidet der Stadtrat.

Über die einzelnen Konzeptförderbeiträge für eine Dauer von sechs Jahren entscheidet der Gemeinderat, über die Konzeptförderbeiträge für eine Dauer von zwei bis vier Jahren der Stadtrat.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL)

Minderheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 Stimmen zu.

Kommissionmehrheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt C1 und Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivpunkt C1:

Urs Riklin (Grüne): *In der Weisung war ursprünglich mit der Einführung der Konzeptförderung eine Kürzung der Beiträge an die Produktionshäuser – Schauspielhaus, Neumarkt und Hechtplatz – um 2 Prozent vorgesehen. Es geht nicht um einen Beschluss, sondern um eine Kenntnisnahme. Wir müssen jetzt ein Zeichen setzen, in welche Richtung das gehen soll. Von der FDP und SVP wurde ein Änderungsantrag eingereicht, mit dem die Kürzung 3 Prozent betragen soll. Die Mehrheit hält die noch grössere Kürzung für nicht akzeptabel. Sie würde die Produktionshäuser stark treffen. Die Produktionshäuser haben einen grossen Personalaufwand. Wenn dort Beiträge gekürzt werden, wird das nicht nur die Leistung der Häuser senken, sondern auch dazu führen, dass weniger Personal angestellt werden kann.*

Kommissionminderheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt C1 und Kommissionmehrheit Schlussabstimmung Dispositivpunkt C1:

Simone Hofer Frei (GLP): Die Produktions- und Ko-Produktionshäuser erhalten heute 90 Prozent des Kulturbudgets. 52 von 58 Millionen Franken sind starr vergeben. Daran wird auch die Konzeptförderung kaum etwas ändern. Mehr Wettbewerb und Durchlässigkeit beziehen sich vor allem auf die restlichen 10 Prozent. Um diese werden neu die zehn Kleintheater und die Freie Szene kämpfen. Das Risiko, mit dem neuen Fördermodell weniger Beiträge zu erhalten oder ganz leer auszugehen, tragen alleine die zehn Kleintheater, die heute 5 Prozent des Kulturbudgets erhalten, aber gemeinsam eine breite Bevölkerungsschicht ansprechen und Zürich prägen. Mit dem neuen Fördersystem erhalten die Produktions- und Ko-Produktionshäuser sogar noch mehr Geld und Macht. Faire Wettbewerbsbedingungen sehen anders aus. Wir Grünliberalen setzen uns für eine ausgeglichene Verteilung der Fördermittel, für mehr Chancengerechtigkeit und für mehr unbefristete Subventionsverträge ein. Nicht erst seit der Corona-Krise zeigt sich, wie ungleich lang die Spiesse in der Kulturförderung sind. Dabei kann und muss man berücksichtigen, dass die Produktionshäuser als reine Gastspielstätten unterschiedlich grosse Aufwände haben. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir erreichen, dass das Schauspielhaus, das Theater Neumarkt und das Theater am Hechtplatz nicht 2 Prozent, sondern 3 Prozent ihres Budgets zugunsten der Konzeptförderung abgeben. Sie müssen deswegen weder Angestellte entlassen noch Produktionen einstellen. Wir wissen, dass das nicht ausreicht und dass die Spiesse immer noch ungleich lang sind. Aber wir erhoffen uns, dass es wenig genug ist, damit wir hier im Rat eine Mehrheit finden, um wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung zu machen.

Kommissionmehrheit Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt C1:

Yasmine Bourgeois (FDP): Bei diesem Dispositivpunkt lehnt die Mehrheit der Kommission die Ablehnung ab. Das Schauspielhaus, das Theater Neumarkt und das Theater am Hechtplatz gehören insgesamt zu den grossen Gewinnern des neuen Förderkonzepts, weil sie im kontinuierlichen Teil bleiben und nicht um ihre Subventionen bangen müssen. Für die Kompetitivität und eine daraus folgende grössere Vielfalt in der Gesamtlandschaft braucht es gleich lange Spiesse. Während die mittleren und kleinen Institutionen zusammen mit den Freien Künstlern im Wettbewerb stehen und um ihre Existenz bangen müssen, werden die grösseren Institutionen gestärkt, indem ihre Subventionen im kontinuierlichen Teil im Trockenen liegen.

Kommissionminderheit Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt C1 und Kommissionmehrheit Schlussabstimmung Dispositivpunkt C2:

Maya Kägi Götz (SP): Wenn die Sorge um die Theater in der Corona-Krise ernst genommen wird, halten wir es aktuell für einen sehr ungünstigen Zeitpunkt, die grossen Häuser mit einer Kürzung zu belasten. Wenn die Häuser ihre Produktionen herunterfahren müssen, hat das nicht nur Auswirkungen auf die BesucherInnenzahlen, sondern betrifft mittelbar und wirtschaftlich auch zahlreiche selbstständig erwerbende Menschen, die Arbeitnehmende im technischen Bereich sind. Grundsätzlich halten wir es nicht für den richtigen Ansatz, die kleinen gegen die grossen Häuser auszuspielen. Die Häuser haben jeweils ihre eigene Geschichte und entwickeln sich in unterschiedlichen Kontexten. Sie werden sich auch in Zukunft im Rahmen der Konzeptförderung unterschiedlich

30 / 35

entwickeln. Darum halten wir es nicht für richtig, die drei Häuser mit der Kürzung zu belasten und nehmen die Absicht des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivpunkt C2:

Stefan Urech (SVP): *Mehrmals wurde von einer Kürzung gesprochen. Ich möchte betonen, dass insgesamt zusätzlich 3 Millionen Franken pro Jahr ausgegeben werden.*

Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt C1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts C1:

C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

1. Der Gemeinderat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Stadtrat beabsichtigt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Kürzung der Subventionen der Schauspielhaus Zürich AG und der Theater am Neumarkt AG um 2 3 Prozent (ohne Mietbeiträge) auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung mittels Anpassung der Subventionsverträge zu unterbreiten und eine entsprechende Kürzung des Budgets für das Theater am Hechtplatz zu beantragen.

Mehrheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Simone Hofer Frei (GLP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP)

Ausstand: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt C1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts C1:

C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

1. Der Gemeinderat nimmt zustimmend ablehnend zur Kenntnis, dass der Stadtrat beabsichtigt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Kürzung der Subventionen der

31 / 35

Schauspielhaus Zürich AG und der Theater am Neumarkt AG um 2 Prozent (ohne Mietbeiträge) auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung mittels Anpassung der Subventionsverträge zu unterbreiten und eine entsprechende Kürzung des Budgets für das Theater am Hechtplatz zu beantragen.

Mehrheit: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)
Minderheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung: Patrik Maillard (AL)

Ausstand: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 54 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A1–A7

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A1–A7.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A1–A7.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Ratspräsidentin beantragt folgende Änderung der Dispositivpunkte B1–B2:

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer 1-A:

1. Der vom Gemeinderat am 7. Dezember 2011 beschlossene Rahmenkredit für die mehrjährige Förderung von Spitzengruppen im Bereich Tanz (GR Nr. 2011/245) wird per 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung aufgehoben.

32 / 35

2. Der vom Gemeinderat am 31. Oktober 2012 beschlossene Rahmenkredit für die mehrjährige Förderung von Freien Theatergruppen (GR Nr. 2012/266) wird per 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung aufgehoben.

Der Rat stimmt dem Antrag der Ratspräsidentin stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte B1–B2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten B1–B2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte B1–B2.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Aufgrund des vorhergehenden Beschlusses wird über die bereinigten Dispositivpunkte B1–B2 abgestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt C1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt C1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts C1.

Mehrheit: Simone Hofer Frei (GLP), Referentin; Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Isabel Garcia (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Enthaltung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL)

Ausstand: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Aufgrund der Abstimmung zu Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt C1 wird über den bereinigten Dispositivpunkt C1 abgestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt C2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt C2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts C2.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Kultursparten Tanz und Theater wird zur Umsetzung der Konzeptförderung für eine vielfältige und flexible Tanz- und Theaterlandschaft ab 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung ein Rahmenkredit von jährlich 6,5 Millionen Franken für die Vergabe mehrjähriger Konzeptförderbeiträge an Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen, auf Gesuch hin, einzeln oder gemeinsam bewilligt.
 - a. Der Gemeinderat teilt den Rahmenkredit von jährlich 6,5 Millionen Franken jeweils für eine Konzeptförderperiode von sechs Jahren in zwei Teile auf: einen für die sechsjährige Konzeptförderung von Institutionen und einen für die zwei- und vierjährige Konzeptförderung von Gruppen und Einzelpersonen. Für die erste Förderperiode von sechs Jahren beträgt die Aufteilung 60 % für sechsjährige Konzeptförderung und 40 % für zwei- und vierjährige Konzeptförderung.
 - b. Jeweils vor Ablauf einer Konzeptförderperiode von sechs Jahren, erstmals per Sommer 2026, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht. Der Bericht umfasst insbesondere den Prozess der Vergabe, die gesprochenen Konzeptförderbeiträge, die Wirkung der Konzeptförderbeiträge auf die Tanz- und Theaterlandschaft sowie die Learnings und Ziele für die nächste Konzeptförderperiode. Mit der Berichterstattung ist der Antrag auf Aufteilung des Rahmenkredits verbunden.
2. Der Rahmenkredit wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der Wert von Dezember

- 2021). Eine negative Jahreststeuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet.
3. Über die einzelnen Konzeptförderbeiträge für eine Dauer von sechs Jahren entscheidet der Gemeinderat, über die Konzeptförderbeiträge für eine Dauer von zwei bis vier Jahren der Stadtrat.
 4. Der Gemeinderat erlässt vor Einführung der Konzeptförderung eine Verordnung über die Eckpunkte der Konzeptförderung.
 5. Für die Institutionen, deren Gesuche bei Einführung der Konzeptförderung nicht berücksichtigt werden, und die bis dahin eine befristete Subvention der Stadt Zürich erhalten haben, wird ein einmaliger Kredit von Fr. 600 000.– bewilligt zur Abfederung ihrer Situation. Dieser Kredit gilt für die ersten beiden Jahre ab Einführung der Konzeptförderung.
 6. Zur Förderung von Zürcher Gruppen und Einzelkünstlerinnen und -künstlern in den Kultursparten Tanz und Theater werden für die Ko-Produktionsinstitutionen Gessnerallee Zürich, Tanzhaus Zürich und Rote Fabrik (Fabriktheater) ab 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung folgende Beitragserhöhungen bewilligt:
 - a. Der jährliche Betriebsbeitrag an den Verein Theaterhaus Gessnerallee in der Höhe von Fr. 2 136 700.– (Stand Budget 2019) wird um Fr. 690 000.– auf Fr. 2 826 700.– erhöht. Neben dem Betriebsbeitrag werden die anfallenden Mietkosten in Höhe von Fr. 1 461 900.– (Stand Budget 2019) weiterhin übernommen. Insgesamt wird damit dem Verein Theaterhaus Gessnerallee auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung ein Gesamtbeitrag von jährlich Fr. 4 288 600.– bewilligt. Der erhöhte Betriebsbeitrag wird weiterhin der Teuerung angepasst.
 - b. Der jährliche Betriebsbeitrag für die Rote Fabrik in der Höhe von Fr. 3 216 100.– wird um Fr. 430 000.– zweckgebunden zugunsten des Fabriktheaters auf Fr. 3 646 100.– erhöht. Neben dem Betriebsbeitrag werden die anfallenden Mietkosten in Höhe von Fr. 2 237 400.– (Stand Budget 2019) weiterhin übernommen. Insgesamt wird damit für die Rote Fabrik auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung ein Gesamtbeitrag von jährlich Fr. 5 883 500.– bewilligt. Der erhöhte Betriebsbeitrag wird weiterhin der Teuerung angepasst.
 - c. Der jährliche Betriebsbeitrag an den Verein Tanzhaus Zürich in Höhe von Fr. 877 200.– (Stand Budget 2019) wird um Fr. 430 000.– auf Fr. 1 307 200.– erhöht. Neben dem Betriebsbeitrag werden die anfallenden Mietkosten in Höhe von Fr. 799 400.– (Stand Budget 2019) weiterhin übernommen. Insgesamt wird damit dem Verein Tanzhaus Zürich auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung ein Gesamtbeitrag von jährlich Fr. 2 106 600.– bewilligt. Der erhöhte Betriebsbeitrag wird weiterhin der Teuerung angepasst werden.
 7. Die Einführung des neuen Vergabesystems wird auf zwei Vergabeperioden begrenzt. Vor einer eventuellen dritten Vergabeperiode soll es basierend auf einer

35 / 35

Evaluation durch die beteiligten Akteure (Publikum, Kulturschaffende, Gemeinderat und Verwaltung) und nach allfälligen Anpassungen erneut zur Volksabstimmung gebracht werden.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer A:

1. Der vom Gemeinderat am 7. Dezember 2011 beschlossene Rahmenkredit für die mehrjährige Förderung von Spitzengruppen im Bereich Tanz (GR Nr. 2011/245) wird per 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung aufgehoben.
2. Der vom Gemeinderat am 31. Oktober 2012 beschlossene Rahmenkredit für die mehrjährige Förderung von Freien Theatergruppen (GR Nr. 2012/266) wird per 1. August 2022 bzw. auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung aufgehoben.

C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

1. Der Gemeinderat nimmt ablehnend zur Kenntnis, dass der Stadtrat beabsichtigt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Kürzung der Subventionen der Schauspielhaus Zürich AG und der Theater am Neumarkt AG um 2 Prozent (ohne Mietbeiträge) auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung mittels Anpassung der Subventionsverträge zu unterbreiten und eine entsprechende Kürzung des Budgets für das Theater am Hechtplatz zu beantragen.
2. Der Gemeinderat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Stadtrat dem Gemeinderat auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung eine Erhöhung des Budgets für das Zürcher Theater Spektakel beantragen wird.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 26. August 2020 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat